

Bezugspreis:

Bestellh. 30.- M., monatl. 10.- M., ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 8. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

67 Milliarden Defizit.

Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag u. a. die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums...

Der Eintritt in die Reichsregierung nahm Ministerialdirektor Sachs das Wort zu Ausführungen über die Finanzlage...

Gesamtschuldbetrag 67 Milliarden Mark.

Diese ungeheuerliche Summe geht über jedes Maß einer erträglichen Finanzwirtschaft hinaus...

24 852 neue Beamtenstellen.

Die Besoldungsordnung bringt neue Milliardenlasten. Bei den Bewilligungen von Ausgaben verfährt der Reichstag die Bewilligung von Besoldungen mittels...

Der dem Reichsrat vorgelegte Reichshaushaltsentwurf für 1920 weist eine Gesamtausgabe von 79,5 Milliarden Mark gegen 3,4 Milliarden Mark im Jahre 1914 auf...

Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gebot strenger und rücksichtsloser Einschränkung der Ausgaben nicht aufs neue betonen zu werden braucht...

Gebote durch eine scharfe Nachprüfung der Haushaltsentwürfe Geltung zu verschaffen, ist der Reichsrat stets befreit gewesen...

Selbst vor anerkannten Notwendigkeiten nicht mehr Halt machen.

Die finanzielle und damit die politische Zukunft des Reiches steht auf dem Spiel. Es soll nicht verkantet werden, daß das Reichsfinanzministerium befreit gewesen ist...

Der Reichsrat befragt dabei das im Reichskabinett hervorgetretene Bestreben, die Vollmachten der Finanzverwaltung zu erweitern...

An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschlüsse so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strenger Sparmaßregeln bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Machtbefugnissen auszustatten, erreicht wird...

Reichsfinanzminister Wirth gab für die Reichsregierung die Erklärung ab, daß grundsätzlich über die in der Resolution vorgetragene Wünsche im Reichskabinett bereits eine Einigung erzielt sei...

Die Vorschläge der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 7. Oktober. (Meldung des Holländisch Neuwabureau.) Heute wurden die Berichte verschiedener Kommissionen mitgeteilt...

1. Die Konferenz erklärt, daß die erste Bedingung für die Wiederaufnahme des internationalen Handelsverkehrs darin besteht, daß der Frieden tatsächlich wiederhergestellt wird...

2. Die Konferenz erklärt, die Verbesserung der finanziellen Lage ist im höchsten Maße von einer guten Verständigung der Völker abhängig...

3. Die Konferenz äußert den Wunsch, daß innerhalb der Grenzen und der Möglichkeit jedes Landes die Handelsfreiheit, die vor Kriegsbeginn bestand, wiederhergestellt wird...

4. Die Konferenz erklärt, daß die fortwährenden Schwankungen der Saluta die Wiederaufnahme des internationalen Handelsverkehrs hindern...

5. Die Konferenz wird jede Maßnahme, die vom Völkerbund getroffen werden kann, um denjenigen Staaten, die den Wiederaufbau nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können, Handelskredite einzuräumen...

6. Die Wiederherstellung, Verbesserung und Regelung der Welttransportmittel bilden ein vitales Interesse für die Wiederaufnahme des internationalen Handelsverkehrs...

Brüssel, 7. Oktober. Finanzkonferenz. Die von der Kommission für den internationalen Kredit, unter dem Vorsitz von Celier, einstimmig angenommene Resolution erklärt, die Kommission habe anerkannt müssen, daß kein System, für sich genommen, den mannigfachen Bedürfnissen...

der verschiedenen Länder entsprechen könne. Die Kommission empfiehlt daher dem Völkerbundrat die folgenden Richtlinien: Eine internationale Organisation sei den Staaten zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Bezugsung wichtiger Einfuhrkredite in Anspruch zu nehmen wünschten...

Lord Chalmers über die Annäherung der Völker.

Brüssel, 7. Oktober. (M.V.) Die internationale Finanzkonferenz hat nachmittags ihre Diskussionen zur Prüfung der Berichte der Ausschüsse wieder aufgenommen...

Sunkspruch Trozkys an die Internierten.

Berlin, 7. Oktober. In einem Sunkspruch an Moskwa wendet sich Trozki an die Internierten der Roten Armee in Deutschland und entwirft ihnen seinen Gruß...

Das Ostjudenproblem.

Von einem genauen Kenner der Verhältnisse des ehemals russischen Ostens wird uns geschrieben:

Die Debatte über die Zuwanderung der Ostjuden nach Deutschland will nicht zur Ruhe kommen. Immer wieder wird, nicht nur von reaktionärer Seite, sondern merkwürdigerweise auch von „Demokraten“, die Forderung erhoben...

Es ist wohl notwendig, dieses Problem einmal unter ganz anderen Gesichtspunkten anzufassen, als es bisher in den Presseerörterungen geschehen ist. Es ist grundfalsch, immer anzunehmen oder es sich von der Rechtspresse einreden zu lassen, daß die Ostjuden nach Deutschland in der Absicht kämen...

Vor allem aber muß das eine gesagt werden: all diese Menschen sind Flüchtlinge, Flüchtlinge vor dem grauenhaftesten Elend, das ausgedacht werden kann. Wer den Osten kennt, weiß, daß die Verhältnisse der russischen Juden schon im Frieden am treffendsten durch das Wort eines russischen Ministers gekennzeichnet wurde...

Nach dem Kriegsende und nachdem während des Krieges die deutsche Okkupation schon durch das Zertrümmern der ost-russischen Industrie den Juden schwere wirtschaftliche Wunden geschlagen hatte, folgte auf den kurzen Lichtblick der Kerenski'schen Regierung bis jetzt wieder eine Periode des entsetzlichen Elends...

Es ist eine ungeheure weltgeschichtliche Katastrophe, die über die jüdischen Massen des Ostens herein gebrochen ist und die all das, was die Juden des Mittelalters zur Zeit des Schwarzen Todes und der Inquisition erduldeten, in den Schatten stellt...

Gewiß, auch wir sind notleidend, darum müssen wir uns alle geistlichen und wirtschaftlichen Garantien für ein nutzbringendes Arbeiten der Ostjuden in Deutschland schaffen. Auf keinen Fall aber können wir eine Methode unterstützen, die einer über Millionen von Menschen bereingebrochenen Katastrophe, einem elementaren Naturereignis nach altpreussischer völlig verständnisloser Art mit kleinlichen und schändlichen Polizeimaßnahmen entgegenzutreten will! Darum wirtschaftspolitische verständige Maßnahmen; aber keine Ausweisungen!

Die Wahrheit über den Zeitungsstreik.

Die bürgerliche Presse gibt sich die größte Mühe, die Bevölkerung irre zu führen. Die Angestellten im Zeitungs-gewerbe arbeiten durchschnittlich zu Gehältern von 400 bis 700 M. monatlich und haben, da sie mit diesen Gehältern ihr Leben nicht fristen können, Lohnerhöhung ge-fordert. Die Arbeitgeber haben diese Forderung der Lohn-erhöhung mit dem Antrag auf Gehaltsabbau beantwortet. Nachdem den Zeitungsmagnaten das Ergebnis der Abstimmung über den Streik in den Betrieben bekannt wurde, waren sie so gütig, auf den Lohnabbau zu verzichten, lehnten aber jede Gehaltserhöhung ab. Daraus beschlossen die in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) organi-sierten Angestellten, die etwa 95 Proz. der gesamten Ange-stellten ausmachen, am 2. Oktober in den Streik zu treten. Mit allen Mitteln versuchten nunmehr die Arbeitgeber die An-gestellten zu spalten und die Gewerkschafts-bünde ließen sich dazu als willfähriges Handwerk-zeug mißbrauchen. Zwischen dem Arbeitgeberverband und den beiden Gewerkschaftsbünden wurde ein Vergleich abge-schlossen, nach dem die Verhandlungen über Gehaltserhöhung erst nach dem 25. November beginnen sollen.

Der in der Streikfrage Afa gegen den Arbeitgeberverband eingesezte Schlichtungsausschuß entschied dahingehend, daß man den Angestellten nicht zumuten könne, bis zum 25. November ihre Forderungen zurückzustellen. Er entschied ferner, daß an-gesichts der augenblicklichen Teuerung und in Anbetracht der minimalen Gehälter im Zeitungs-gewerbe eine Aufbesse-rung von 15 Prozent unbedingt notwendig ist. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern ein-stimmig abgelehnt.

Die Groß-Berliner Bevölkerung mag nunmehr selbst ent-scheiden, wer sich im Recht befindet; die Zeitungsmagnaten oder die notleidenden Zeitungsgangestellten.

Die Zentralstreikleitung.

Die Vertrauensleute des Transportarbeiter-verbandes aus den Zeitungs-betrieben, die sich im Streik be-finden, treffen sich zwecks Information heute um 10 Uhr im „Alexandrin“, Alexandrinstr. 87 a. Die Branchenleitung.

Gegen Berlins Selbstbestimmung.

Die bürgerliche Mehrheit der Preussischen Landesversammlung hat gestern in dritter Lesung das bekannte Gesetz be-schlossen, wonach von den 30 Stadträten des neuen Groß-Berlin 12 unbesoldet sein müssen; sie hat damit einen Strich durch die Rechnung der Groß-Berliner Mehrheit ge-macht, die 30 besoldete Stadträte wählte und diese Kosten vor-wiegend mit Sozialisten bestreite.

Der Beschluß der bürgerlichen Mehrheit, der eine teil-weise Reinvahl des Berliner Magistrats notwendig macht, ist eine Rache- und Strafmaßregel dafür, daß der Magistrat nicht nach dem Verhältnisprinzip zusammengesetzt worden ist und daß so unbeliebte Persönlichkeiten wie Dr. Löwenstein in ihn hineingewählt worden sind. Man soll aber die Wirkung des Gesetzes, dessen gehässiger Charakter nicht zu verkennen ist, auf der anderen Seite nicht übertreiben: die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Ma-

gistrats bleibt bestehen und in ihrer sachlichen Arbeit un-behindert. Ein Magistrat, der die Stadt gegen den Willen der sozialistischen Mehrheit regierte, ist und bleibt undenkbar.

Es handelt sich um eine Schlappe, die der Groß-Berliner Stadtverordnetenmehrheit auf dem Gebiet der Per-sonenfragen beigebracht worden ist. Reht sind diejenigen, die durch ihre unglückliche Taktik diese Schlappe verurteilten, die Unabhängigen, drauf und dran, die begangenen Fehler zu ver-mehren, indem sie zu einem ganz aussichtslosen Sturmloauf gegen das Gesetz auffordern, und die Kommunisten sind sogar geneigt, die Magistratsfrage zur Plattform zu machen, auf der der Kampf um die Sowjetmacht über Groß-Berlin ausgetragen werden soll.

Demgegenüber ist mit aller Entschiedenheit festzustellen: Das neue Gesetz, obwohl ein Ausdruck bürgerlicher Reaktions-gesinnung, hindert die Stadtverordnetenmehrheit nicht, sozialistische Kommunalpolitik zu treiben. Die Sozialdemokraten haben es bekämpft und abgelehnt, halten aber einen Kampf mit allen Mitteln gegen das beschlossene Gesetz für über-wig. Weder lohnt das Objekt einen solchen Kampf, noch besteht Aussicht auf Erfolg. Wie sieht es denn heute in der Berliner Arbeiterbewegung aus? Wo die Kräfte durch Zersplitterung am meisten gelähmt sind, dort schwadroniert man am lautesten von Kraftproben. Stellt doch lieber erst die Einigkeit wieder her und dann wendet die gesammelte Kraft auf Gegenstände, die den äußersten Kampf wirklich wert sind!

Die Arbeiten des Reichstages.

Der Präsident des Reichstags, Genosse Löbe, hat den Reichstag für den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, ein-berufen. Am ersten Tage des Zusammenkommens wird der Reichstag außer etwa 25 kleinen Anträgen einen (kleinen) Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des gegen den Ab-geordneten Rastan beim Reichsgericht schwebenden Ver-fahrens zu erledigen haben. Ferner stehen auf der Tages-ordnung die erste Beratung des Gesetzes gegen die Kapi-talfucht und einige Haushaltsrechnungen.

In der weiteren Tagungsdauer wird der Reichstag u. a. die Abänderung des Besoldungsgesetzes und den Entwurf eines Gehaltssperregesetzes zu beraten haben. Das letztere soll verhindern, daß die Einzelstaaten durch weitergehende Gehaltsbewilligung das Reich in eine Zwangslage bringen. Ferner ist ein Gesetzentwurf auf Ver-längerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung über die Entlassung Schwerebeschädigter und das Gesetz über die Abänderung des Reichsnotopfers zu be-raten.

Von größeren gesetzgeberischen Arbeiten, die in der näch-ten Zukunft an den Reichstag kommen werden, sind zu nennen: Gesetzentwürfe über den Volksentscheid und den Staatsgerichtshof, ferner ein Disziplinargesetz für Angehörige der Wehrmacht und ein neues Konsulats-gebührgesetz. Außer den großen Haushaltsentwürfen für 1920 dürften dem Reichstag bald nach seinem Zusammentritt noch Wirtschaftskommen mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn und mit Frankreich zugehen. Das letztere wird Abhängigkeiten in Elsaß-Lothringen betreffen. Von Wichtigkeit wird auch ein Abkommen sein, das mit dem Freistaat Danzig über die Rechtspflege zu treffen ist.

Schulstreik in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Mittwochabend fand eine von der Freien Eltern-vereinerung der sozialistischen Parteien, dem Verein für Volkserziehung und dem Freisinnigen Verein ein-berufene große Versammlung statt. Die bürgerlichen Parteien lehnten in ihrer Gesamtheit die Einrichtung der weltlichen Schule ab, worauf der Schulstreik im Stadtgebiet Gelsenkirchen beschlossen wurde. Der Schulstreik hat Donnerstag morgen begonnen.

technische Zwecke entstanden, so wäre das genug, wie es beim Schießpulver und Dynamit vollauf genug wäre, wenn es dem Menschen arbeiten half, anstatt ihn und seine Werke zu zer-stören. Künstliche Diamanten zu Schmucksteinen zu erzeugen, hieße bloß das Geschäft der Diamantenhändler vernichten. Wenn Dia-manten billig werden und man einst die Schabaden der Karussell-pferde damit besetzen sollte, wäre der Reiz der Diamanten dahin, und selbst eine Schiebernatur würde sich mit seinen ästhetischen Bedürfnissen anderen Dingen zuwenden. Es ist mit vielen Dingen so gegangen, die einstmal hohe Kostbarkeiten waren: das Eisen war einst teurer als Gold, auch das Porzellan mag einstmal Gold auf. Ebenso das ganz gewöhnliche farbige Glas (wieviel mehr das farblose) war eine Kostbarkeit. Inzwischen waren sie spottbillig geworden.

So mag es auch vielleicht mit dem Diamanten werden und dann mögen die berühmten Stücke wie der Koh-i-noor oder der Regent oder der Orlov usw., um die sich seit Jahrtausenden Aben-turer und brutale Gewalttäter ranken, die stählerne Wände und Wachtelweute schützen müssen, zu bloßen Selbstmitleiden herabsinken.

Franz Wünniger hat bei Nicolai (Viktoriastr. 25a) Ar-beiten der letzten zwei Jahre ausgestellt. Er sieht in der Natur Bäume und Berge, Wasser und Felder und gibt seine Eindrücke in flotten und kräftigen Aquarellstudien wieder. Aus diesen Stud-ien gestaltet er dann geschlossene Kunstwerke. Anfangs nur „stil-isiert“, indem er die Naturformen und -farben der inneren Melodie jedes Bildes anpaßt, dann frei und freier schaffend, indem ihm die Studien immer mehr zu bloßen Anregern für selbständige Visionen werden. Und das Wertwichtige ist, daß diese Visionen in ihren innerlichsten und vielfachen Stimmungen meistens keine Beziehung mehr mit den Stimmungen der Naturbilder zeigen. Moderne Künstler verwerfen diese Arbeitsmethode, die aller-modernsten mißtrauen sogar jeder Empfindung, die durch einen äußeren Anlaß erzeugt wurde. Alles, was künstlerische Form an-nehmen soll, mah — sagen sie — wie die biblische Schöpfung aus dem Nichts entstehen und nicht mit Bewußtsein, sondern intuitiv ge-fahren sein. Ich will nicht in die Reflexion künstlerischen Schaffens eindringen, Arbeiten wie die von Wünniger zeigen mir aber, daß auch auf profanen Wege Werke geschaffen werden können, die es an elementar überzeugender Kraft mit jenen auf-nehmen können, die einer übernatürlichen Erleuchtung ihr Ein-fließen verdanken wollen. Aus Gemälden, wie die „Häuser in Bergen“, „Hagelandschaft“ oder „Felder am See“ klingen Rhythmen in Farben und Linien, die den Sinn gefangen nehmen und in Sphären entführen, die schöner sind als diese Welt. Kein Paßwort austrittender Leidenschaft, keine Offenbarungen geheim-nisvoller Seelenleben, sondern sachliche, zarte Empfindungen von stiller Innigkeit sind gestaltet. Und die Gestaltung, die immer redlich und ohne Falsch, immer ernst, rein und fein ist, wirkt am tiefsten da, wo sie sich der diskretesten Mittel bedient. Die jüngsten Arbeiten Wünnigers mit dem verhaltenen Dukt leise ineinander-spielender Farben und den sanft auf- und abwärtsgehenden Linien

Die Seeschlange der Verleumdung.

Nach der „Dolmetschen Zeitung“ und anderen rechtsliebenden Blättern hat der Reichstagsabgeordnete von Kardorff am 21. September in einer öffentlichen Versammlung in Halle, die von der Deutschen Volkspartei einberufen war, u. a. gesagt:

„Wie konnte man einen Mann wie Göring als Staatskom-missar nach Oberbavaria legen, der von dort mit Millionen fortgegangen ist.“

Der ehemalige freikonserervative Landrat a. D. von Kardorff ge-ßet zu denjenigen Parlamentariern, denen man eine gewisse Vor-nehmheit gegen die Verleumdung nachsagt, besonders seit er wegen Ab-neigung gegen antisemitische Erzfälle aus der Wehrpartei aufge-streten ist. Wir können deshalb kaum glauben, daß dieser Mann sich zum leichtfertigen Verbreiter einer so habnebüchernen Verleumdung gemacht hat, wie sie der Verleib des konser-vativen Organs von Halle sie ihm in den Mund legt. Er sollte deshalb schleunigst das genannte Blatt veranlassen, festzustellen, daß er die verlogene Behauptung von den Göringischen Millionen nicht verbreitet habe. Sonst müßte man ihn allerdings mit jenen Verleumdern in einen Topf werfen.

Ein Verteidiger Scheidemanns.

Vor der Strafkammer III des Landgerichts I stand gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schulte der Inhaber der B.-S.-Korrespondenz Kurt Sochorzewski als Angek-lagter, um sich wegen einer Verleumdung zu verantworten, berei-teten der Oberbürgermeister Scheidemann Strafantrag ge-stellt hatte.

Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, hatte ein ge-wisser Schießpfeiler Rhodin im Dezember 1910 eine Reihe von Fälschungen im Bureau von Baumelher hergestellt, in welchen alle möglichen kaum glaublichen Verleumdungen gegen Graf Broddorff, Scheidemann Dr. Köber, Prinz Wittenstein aufgeführt wurden. In der Verhandlung am 15. April 1920 gestand Rhodin ein, daß er die Sache gefälscht habe und ihm für den Verleib von Seiten Baumelsters und Sochorzewski 20 000 M. zugestagt seien.

Es kam ferner zur Sprache, daß die Fälschungen in mehreren Ab-schriften verteilt worden seien und eine davon Sochorzewski an den Vertreter einer dänischen Zeitung namens Hansen abgegeben habe. Deshalb hatte Ober-bürgermeister Scheidemann Strafantrag gegen Sochorzewski ge-stellt. Der Angeklagte bestritt nun gestern, daß er weit davon entfernt gewesen sei, gegen den Oberbürgermeister Scheidemann diese ungläublichen Verleumdungen zu erheben, daß er im Gegen-teil alles getan hätte, um zur Verbreitung von Scheidemann jede Verbreitung derselben zu verhindern, daß er überall, insbesondere auch dem Vertreter der dänischen Zeitung gegenüber, eigens darauf hingewiesen hätte, daß

derartige Verleumdungen nicht verbreitet werden dürften, und daß er sie für unanwahr hielt. Die Fälschungen von Rhodin an Rhodin und den Kauf habe er nur zum Schein vorgenommen, um nach Rücksprache mit der Polizei dem Kaiser das Material heranzuführen, damit dasselbe nicht irgendwelchen Unfug gegen jemanden anrichte. Der Vertreter des als Nebenkläger zuge-lassenen Oberbürgermeisters Scheidemann stellte demgegenüber eine Reihe von Beweisansprüchen, welche diese Behauptungen näher auf-klären sollen. Wenn Sochorzewski bei der Verbreitung der Ver-leumdungen gegen Scheidemann diese als unwahr bezeichnet habe, so sei das nur eine Finte gewesen, um sich verächtlich für jeden Fall zu stellen. Das Gericht aber beschloß, da der Angeklagte Sochorzewski selbst behauptete, an diese Sache gar nicht geglaubt zu sein und im Interesse von Scheidemann sogar überall deren Unrichtig-keit herbeigeführt und die Verbreitung unterlagert zu haben, von jeder weiteren Beweisaufnahme Abstand zu nehmen und dem An-geklagten wegen dieses zum Gegenstand der Klage stehenden Falles freizusprechen sowie die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Der Angeklagte sei sich der Verleumdung gar nicht bewußt gewesen, er habe im Gegenteil angenommen, im Interesse von Scheidemann den über diesen anderweit verbreiteten Ver-leumdungen entgegenzutreten zu sollen.

Es freut uns, daß Herr Sochorzewski durch dieses Urteil zum Verteidiger Scheidemanns avanciert. Daß er es dahin bringen würde, hätte er sich wohl selbst nicht träumen lassen.

In unserem Bericht über den Verleumdungsprozess Scharf gegen „Wahrheit“ erfuhr auch Rechtsanwältin Vach mit-teilen, daß er dem Redakteur der „Wahrheit“ sein Material geliefert habe.

Dynamit und Diamant.

Von Hugo Hillig.

Auch die Pulverfabriken spüren, daß ein anderer Wind weht. Zwar ist es noch immer nicht entschieden, ob nicht der Krieg für die nächsten Jahre noch ständige Einrichtung bleiben wird, aber wenn es nach dem Willen von Versailles geht, brauchen die Deutschen nicht mehr das Pulver für die andern zu machen. Die deutschen Pulverfabriken brauchen also nur noch die Sprengstoffe herzustellen, die in Steinbrüchen und sonst in der Industrie ge-braucht werden, und das bisherige Pulver, das sonst noch nötig ist, um hier und da jemandem ein Loch in den Leib zu schießen, kann das Kraut nicht fett machen. Die Pulverfabrikannten müssen ihren Betrieb umstellen, und so wollen die Dynamitwerke von Nobel und die mit ihnen vertrusteten Pulverfabriken sich auch wieder den Versuchen zuwenden, künstliche Diamanten zu machen. Vom Dynamit zum Diamanten ist immerhin ein Schritt, der wie Ent-wicklung aussieht.

Als noch Indien allein fast den Diamanten schätze, weil es ihn seit 2000 Jahren in den Schatzkammern seiner Fürsten auf-speicherte, war schon die Geschichte eines jeden der großen indischen Diamanten mit Bergemalung und Blut geschrieben. Mancher von ihnen ist inzwischen auf ähnlichen Wegen, wie sie in Friedens-berträgen von heute wieder beschritten werden, in europäischen Besitz gekommen. Die europäischen Kronschätze sind zerfallen — und werden zerfallen, wie die alte indische Herrschaft zerfallen worden ist. Aber wie lange noch werden sich Menschen finden, die gierig nach diesen funkelnden Steinen greifen, um — ja was denn eigentlich — sich an ihrem Lichtspiel zu erfreuen — oder um des Wahnes willen, im Besitze dieser Steine beneidet, angefaßt, be-droht, geschmäht zu werden.

Seit dem 17. Jahrhundert ist der Diamant als Schmuckstein allgemein in Europa geworden. Das erste, was der Diamant tat, war die Vernichtung der alten hohen Goldschmiedekunst; aus den alten Goldschmiedekünstlern wurden Steinschleifer. Aber wie auch immer weitere Fundstätten des Diamanten sich erschlossen und wie auch sein Preis herabsinken wollte: er hielt sich als Kost-barkeit besonders im 19. Jahrhundert, weil zunehmender Reichtum auch die Kreise vermehrte, die sich am Besitze von Diamanten zu freuen vermochten. Schließlich mußten die Diamantenhändler die Steine vom Markt zurückhalten, um allzu großen Preissturz zu verhindern. Die Weltgröße der reichen Diamantenhändler be-schränkt sich: die Diamantenschleifer in Amsterdam und Antwerpen, Banau und Hamburg sind dagegen noch niemals als reiche Leute aufgefallen.

Nun versucht man diesen Diamantentring zu sprengen durch künstliche Erzeugnisse. Es ist schon gelungen und wird wahrscheinlich noch besser gelingen. Und wenn auch zunächst nur Diamanten für

sind mir deshalb die liebsten. Kein genialer Reutimer, aber ein eigenartiger und sympathischer Köhner.

Die Not der deutschen Schriftsteller. Das furchtbare Elend, das über das geistige Deutschland allmählich hereinbricht, wird grell beleuchtet durch die Randbemerkungen zu einer bevorstehenden Katastrophe“ die Frank Reich in der „Freien Deutschen Bühne“ mitteilt. Die Tatsache, daß bald ernste und wertvolle Bücher in Deutschland nicht mehr werden gedruckt werden können, nennt er einen Kulturzusammenbruch. Wenn er schon sonst nichts Rechtes auszuführen hat, bisweilen gelingt es doch dem Deutschen, ein über-raschendes Buch zu schreiben, das seiner etwas durchscherten Reputa-tion einige Flüden aufzuheben imstande ist. Doch Miden hin, Flüden her — die deutsche Literatur ist keine alte Dame, sondern das einzige wertvolle Gewand, das uns noch blieb. Zerfällt auch dieses, können wir nichts mehr verkaufen.“ Einer der größten Ver-leger Deutschlands hat Thiel gesagt: „Wenn heute ein Goethe aufstünde und seinen „Götter“ mir anböte, ich könnte ihn nicht kaufen. Denn um den Preis einigermaßen erschwinglich zu gestalten, müßte ich zum mindesten eine Nicknackelung machen; und das kann ich nicht deshalb nicht wagen, weil niemand wissen kann, ob dieser „Götter“ gekauft würde. Denn es wäre doch zunächst ein ganz unbekannter Name. Wäre ich aber eine kleine Auflage, dann lohnt sich das Geschäft erst recht nicht, denn wer kauft das Werk eines Unbekannten für 30 M.“

Der Vektor eines der ersten Berliner Verlage, berichtet der Verfasser weiter, erzählt mir, sie brüchten in diesem Jahre nur noch zwanzig Bücher heraus. Früher zweihundert und mehr jähr-lich. Diese zwanzig Bücher summierten ausschließlich von namhaften Autoren, so daß man einige Hoffnung auf Abfall habe, obwohl mehrere Romane vierzig, fünfzig und sechzigzig Mark (zwei Bände) kosten würden. Dieser hatte man 25 Proz. an die künstlerischen Autoren gezahlt. Jetzt gälte man 10 Proz., an die alten und 15 Proz. an neue Autoren. Gleichzeitig hörte ich von einem neu-gegründeten Münchener Verlag, die vor einem Dreißigjahr noch große literarische Pläne und Hoffnungen hatte, er drucke zwar, aber nur kleinere Sachen von namhaften Schriftstellern, die man auf Bahndrüsen und Kiosken verkaufen könne. Allenfalls noch russische Literatur. Es ist nicht irgendeinen russischen Roman zur Hand habe? Es könne auch ein unbekannter sein. Rußland sei zurzeit Konjunktur, da keine man es wagen. Ihr armen deutschen Dichter, warum seid ihr nicht klüger?

Es bleibt nach den Erfahrungen von Thiel einem Schriftsteller, der vom Elend seiner Feder leben will, nur noch eins übrig, näm-lich Schundliteratur zu fabrizieren. Verbrechergeschichten und laibliche Romane werden ja gerade von der Menschenklasse am eifrigsten gelesen, die heute den höchsten Anteil hat. Aber es muß blutig oder unanständig hergehen; am besten blutig und un-anständig.

Das sind wahrlich traurige Ausblicke!

Spanische Gelehrte für internationale Wissenschaft. Im „Zoologischen Anzeiger“ wird eine von 110 hervortretenden span-ischen Gelehrten unterzeichnete Rundschreiben veröffentlicht, der sel-bende Veranlassung zugrunde liegt. Beim Abschluß des Waffen-stillstandes zwischen Deutschland und den Entente-mächten hatten einige wenige französischen Naturwissenschaftler Spanische

Die Krankenhäuser in Neu-Berlin

Von Karl Koblenzer.

In früheren Jahren füllten die Debatten über die Krankenhäuser...

Nun bekommen wir das „größere Berlin“...

Wir werden mit einer Einwohnerzahl von etwa 3 800 000 zu rechnen haben...

Ein Blick auf die Karte des neuen Berlin, auf die Lage der einzelnen Krankenanstalten...

Ein Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken kann nur geschaffen werden...

der Hand nicht leisten können. Es wird notwendig sein, mit dem Vorhandenen hauszuhalten...

Groß-Berlin

Die unabhängige Arbeiter-Marseillaise.

Neuerdings erscheint den Unabhängigen bei ihrer Propaganda für die Diktatur des Proletariats selbst die Arbeiter-Marseillaise...

Als Prätext zur diesjährigen unabhängigen Jugendweihed hat nun der „Freiheit“-Verlag ein besonderes Heftchen herausgegeben...

Es zeigt sich hier mit ziemlicher Deutlichkeit, wo die alten sozialdemokratischen Grundzüge wirklich zu finden sind...

Auflösung des Kohlenverbandes Groß-Berlin.

Nach einem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten gemeinsamen Erlass des Ministers des Innern und des Handelsministers...

Seine Rolle hat die neue Groß-Berliner Stadtgemeinde übernommen...

Erbdichter Raubüberfall.

Am 1. d. M. erhielt der Eisenbahnschaffner-Anwärter Erich Hempel den Auftrag, von der Gepäckabfertigungsstelle Frankfurt a. O. eine Handtasche mit 40 000 M. nach der Stationskasse zu bringen...

Vom Segen des freien Fleischhandels.

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, muß das Ergebnis der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in Fleisch für die Berliner Bevölkerung als bisher unbefriedigend bezeichnet werden...

Die Mahnung der Oberpostdirektion.

Vom Bezirks-Betriebsrat für den O.-V.-D.-Bezirk Berlin erhalten wir eine Entgegnung auf die am 29. September im „Vorwärts“ veröffentlichte Mahnung der Oberpostdirektion Berlin...

Das Licht der Heimat.

Von August Hincichs.

Da trat Dierk zu ihm hin: „Ich möchte lernen, alles lernen, wie lang' ich das an?“ „Haben Sie Geld?“ „Das — ich weiß nicht — etwas vielleicht.“

beiter; die langen Fensterreihen, die eben noch rot und lebendig in den Winterabend glühten, sanken in das Dunkel zurück...

Sinn er früher nie erfasst hatte, ließ ihn nicht los. Jetzt fühlte er, das ist die Musik der Arbeit, die Melodie des Lebens, der Sturm des Schaffens...

(Fortf. folgt.)

Central-Theater
 7 1/2 Uhr: **Fran Bärhel** (Operette)
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: **Alexandro Stradella**
 Friedr.-Wilhelms-Th.
 7 1/2 U.: **Hohelt die Tänzerin.**
Kleines Theater.
 7 1/2 Uhr: **Die Pfarrhauskomödie**
 K1. Schauspielhaus.
 7 1/2 U.: **Der Floh im Panzerhaus**
 Komische Oper
 7 1/2 Uhr: **Liebe im Schnee.**
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: **Arnold Rieck** in
 Zwangsquartierung.
Metropol-Theater.
 7 U.: **Hollandweibchen**
 Neues Central-Theater
 7 1/2 U.: **Die Dame im Frack.**
 Neues Operettenhaus
 7 1/2 U.: **Die Csikdsharones.**
 Neues Volkstheater
 7 1/2 Uhr: **Der Biberpolz**
 Schiller-Theat. Charl.
 7 1/2 U.: **Nathan der Weise**
 Thalia-Theater
 7 1/2 U.: **Der dumme Franzl.**
 Th. am Nollendorfplatz
 7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**
 Theater des Westens
 7 1/2 U.: **Der ersten Liebe gold. Zeit**
 Wallner-Theater
 7 1/2 U.: **Der Geiger von Lugano.**
 Walthalla-Theater.
 7 1/2 U.: **Gastsp. Hartstein**
Residenz-Theater.
 Heute nachm. 4 U., kleine Pr.:
 Schneewittchen.
 Täglich 7 1/2 Uhr.
Die Freundin.
 Tilla Durieux, Toelle, Bild,
 Albers, Vallentin.
 Sonnabend 4 U.: **Sirawelpeter.**
Trianon-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Roman
 deiner Frau
 Ida Wüst, Burg, Limberg,
 Valetti, Falkenstein.
 Sonnabend 4 U.: **Rotkäppchen**
Casino-Theater
 Lehnring Str. 37. — Tel. 7/8:
Knorps sel. Witwe
 und „Anschluß verpaßt“.
 Singpiel mit Viktor Littek.
 Neut Ernst Walter, Humorist.
 Sonntag. 3 1/2: **Der Hausdrache.**

Schall und Rauch
 Dir. Hans v. Wolzogen.
 Wiederauftreten
Paul Graetz
 Mady Christians
 und
 d. gr. Oktober- Progr.
 Balatalka-Orchester.
 Konzert 7 1/2. Beginn 8 1/2.

Reichshall-Theater
 Abends 7 1/2, und
 Sonntag Km. 2
Stettiner
 Sänger.
 Km. halbe Breite
 Varieté-
 Dönhoff-Brett. Anf. 6 1/2. Sa. 7

BTL
 Potsdamer Str. 25
Moriturus
 (Dem Tode geweiht) mit
 Landa-Schünzel
 Veidt-HildeWörner
 Turmstr. 12
 Das gr. orient. Liebesdr.
Der Mann auf der
Flasche
 außerdem das Lustspiel
Das Valutamädel
 mit **Ossi Oswald**
 Alexanderpl.-Passage
Lotte Neumann
 in: **Die Glücksfalle.**
 Priedenau, Rheinstr. 14
Anständige Frauen.

Theater i. d. Königgrüher Straße
 Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 Uhr:
 Zum ersten Male:
Rausch
 Schauspiel i. 4 Akt. v. August Strindberg.
 Hauptdarsteller: Maria Orfa, Alfred
 Abel, Johannes Riemann, Frieda Richard,
 Rose Seidelich, Ernst Derenburg, R. A. Römer,
 Hugo Bauer, Werner Stein, Rudolf Jäger.
 Regie: Carl Reinhard.

Circus Busch
 Tägl. 7.15, Sonntag auch 3:
 Nachm. halbe Pr. & Kinder
 Vorverkauf: Circuskasse
 und Warenhäuser Tietz.
 Gastspiel **Sarrasani**
 H. Stösch

Bekanntmachung.
 Alle Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten gegen
 Abgabe der letzten Abonnementsquittung an der Kasse
 des **Wallner-Theaters** eine Vergünstigung von
33 1/2 Proz. des Kassenpreises zu der Gilbertschen
 Operette
Der Geiger von Lugano
 in der Premierenbesetzung:
Else Gatersberg, Else Berna, Gustav Wagner,
Karl Besterfachs, Ostar Sabo, Hans Watzmann.
 Es ist dies eine einmalige Zuwendung, welche
 lediglich den Abonnenten des „Vorwärts“ zuteil wird.
 „Der Geiger von Lugano“ ist in Welcherfolg, welcher
 mit geradezu rauschendem Beifall allabendlich 7 1/2 Uhr
 in Szene geht.
 Die Direktion.

Das Liebesleben des Menschen.
 Naturwissenschaftlicher Erkenntnis dienender Demonstrationsabend.
 Eintrittskarten zu 10, 8, 5, 3 M. täglich 11-7 Uhr im **Künstlerhaus, Bellevuestr. 3.**

Sportpalast
Das größte Kino der Welt
 Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bülowstr.
Wenn Colombine winkt
 mit **Esther Carena.**
 Uraufführung!
Der unheimliche Fahrgast.
 Detektiv-Abenteuer mit Frank Norton.

Admirals-Diele
 im Admirals-Palast
 Nachmittags u. abends
 :: **Konzert Hakowsky** ::

Theater a. Kottbus-Tor
 Tel.: Moritzplatz 14814.
 Täglich 7 1/2 Uhr und
 Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger.
 Vollständig
 neues Programm!
 Büdingen-Konzert.
 Vorv. 11-11 1/2, 4-4 Uhr

Handelsrealschule, staatlich berechnete
 Realschule
 mit Handelsfächern, Berlin S 14, Dresdener Str. 90,
 glot Obersekundarstufe und Einjähriges.
 Halbjahresklassen. (9/10*) Aufnahme 11-12.

Königstadt-Theater
 Bahn of Jannowitzbrücke.
 Tägl. 7.30 **Gala-Sängerer.**
 Im Ballsaal T A N Z.

Ufa Palast am Zoo

Jouventin-Palast

Mozart Saal
 am Schlosspark

Dommer-Tischspiele
 am Schlosspark

Hollendorfs Platz

Kurfürster-Lammstr.

Friedrichstr. 150

Alexanderplatz

Wienbergstr. weg 10

Schöneberg Hauptstr.

Waisenhausstr.

Admirals-Palast
 Die lustige Puppe
 Morgen: Filmt in St. Moritz.

Ufa
 7 und 1/2, 9 Uhr
CABIRIA
 Der Kampf um die
 Weltherrschaft
Die heilige
Simplicia
 Filmlegende in 5 Akten von
 Thea von Harbou
Der zweite May-
Regie-Meisterfilm
 Hauptrolle: **Eva May**
 Alfred Gerasch
 vom Burgtheater Wien
 2. Woche
Whitechapel
 Regie: E. A. Dupont
 Hauptdarsteller:
Mierendorff
 Grit Hegesa
 2. Woche
Sumurun
 Regie:
Ernst Lubitsch
 Hauptrolle:
Pola Negri
MOJ
 Schauspiel in 5 Akten
 Regie: **Rudolf Blebrach**
 Hauptrolle:
Lotte Neumann
Reingefallen
 R. B. Lustspiel in 7 Akten mit
Arnold Rieck
Der Henker
von St. Marien
 Kästlerrolle Oberleitung:
Joe May
 Verfasser und Regisseur:
Fritz Freisler
 Hauptrolle:
Eva May
Die Tarantel
 Sensationsfilm von **Karl Figdor**
 Regie: **Rudolf Blebrach**
Das Valutamädel
 mit **Ossi Oswald**
 Wochentags ab 7 Uhr
 Sonntags Beginn 4 Uhr

Apollo-
Theater
 Dir. James Klein.
 7 1/2 Allabendlich 7 1/2
 Die Sensation der
 Wintersaison
Orient-
Natura-
 Historische
 Ausstattungs-Pantomim
 in 3 Bildern
Harems-
Nächte!!
 Unt. Mitwirkung von
 20 Original-
 Kamerunern
 30 Bajaderen-
 Tänzerinnen
 in den Hauptrollen:
Myriam Borka
 sudan Schauspielerin
Kiki Kiami Bey
 Nationalth. Konstanti
Louis Brody
 der Neger-Filmstar
Erika Dennisson
 die schwed. Tänzerin
 sowie die übrigen
 Oktober-Variete-
 Sensationen!!
 Sonntag nachm. 3 1/2 U.
 Kinder haben
 keinen Zutritt.

Walhalla-
Theater
 a. Rosenthaler Pl.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Stg. nachm. 3 1/2 u. ab. 7 1/2 U.:
 Gastspiel
Wilhelm Hartstein
 in
Der Stolz der 3. Komp.
 u. d. große Oktober- Progr.
Die 5 Karleys
Marga u. F. Onré
Charl. Montrell
K. Edler u. Nicki
Die 4 Eitner's
Mewu ???

Die

Eröffnung

des Tanzpalastes

LIBELLE

Jägerstraße 63a

Heute Freitag

den 8. Oktober, 7 Uhr :: Tischbestellungen: Zentrum 4739

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Schluß des Betriebsrätekongresses.

(Schluß aus der Nebenbühne.)

2. Tag. Vormittags-Sitzung.

Referent Dismann (fortfahrend):

Das Betriebsrätegesetz ist ein Produkt der Revolution, aber es wird den Forderungen der Arbeiter nicht gerecht. Aber wir können das Gesetz nicht ignorieren, sondern wir müssen es ausnützen und dafür kämpfen, daß den Arbeitern weitere Rechte gewährt werden. Was die Zusammenfassung der Betriebsräte betrifft, so sind Dirich-Dunderische und Gelbe für uns ebenso Gegner wie diejenigen, welche sich revolutionär gebärden, aber nicht als Revolutionäre handeln. (Lebhafte Beifall.) Wir, die wir die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zusammenfassen wollen, sind auf dem rechten Wege. (Sehr richtig.) Es ist nicht die Aufgabe der Betriebsräte, nur revolutionäre Reden zu halten, sondern sie haben den Unternehmern gegenüber in täglicher Kleinarbeit die Interessen der Arbeiter zu vertreten mit ruhigem Ernst und Entschiedenheit, ausgerüstet mit Wissen und Können. (Lebhafte Beifall.) Beschränken der Arbeiter über Betriebsangelegenheiten soll erst von den Arbeitern selbst vertreten werden, ehe sich der Betriebsrat damit beschäftigt. Die Arbeiter müssen dazu erzogen werden, daß sie Courage haben, ihre Rechte dem Unternehmer gegenüber selbst zu vertreten. (Beifall.) Wo eine Firma verschiedene Betriebe hat, müssen sich die Betriebsräte zusammenschließen. Beim Erlaß der Arbeitsordnung haben die Betriebsräte mitzuwirken. Richtlinien über Einstellungen und Entlassungen sind aufzustellen, die den Betriebsräten die Mitwirkung gewähren. Wenn das noch nicht im Gesetz vorgesehen ist, so kann es durch Tarifverträge festgelegt werden. Das sind die praktischen Aufgaben. Die Betriebsräte sind wirtschaftliche Räte. Sie haben ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Wirtschaft zu richten. Politische Arbeiterräte können erst in Wirksamkeit treten, wenn wir die politische Macht erst in Wirksamkeit setzen, nach der wir streben. (Zustimmung.)

Bei dem Umstellungsprozeß der Wirtschaft müssen Kopf- und Handarbeiter zusammenwirken. Die Afa hat mit der Organisation und der geistigen Umstellung der Kopparbeiter mehr revolutionäre Arbeit, wie mancher, der mit revolutionären Reden den Mund aufgerissen hat bis an die Ohren. (Lebhafte Beifall.) Die Gewerkschaften, Hand- und Kopparbeiter, sind die Träger des Wirtschaftskörpers. Sie, mit ihren 9 Millionen Mitgliedern, haben das große Werk der wirtschaftlichen Umstellung zu vollbringen. Die Betriebsräte sind Vertrauensleute der Arbeiter. Nur im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften können sie ihre Aufgaben erfüllen. Bleibt bei eurem Mutterboden, den Gewerkschaften, und laßt euch nicht irremachen durch das Gerede, die Gewerkschaften seien gegenrevolutionär. Schwarz verurteilt der Redner die radikalen Treiben gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und die Perestrojka-Bewegungen von kommunistischer Seite. Die Einheit der Gewerkschaften müsse erhalten bleiben. In gemeinsamer Kampffront mit allen Arbeiterrätern werden wir den Sieg erzwingen unter der Parole: „Proletarier aller Länder, zerbrüchelt euch nicht die Köpfe, sondern vereint euch.“ (Starker Beifall.)

Grafmann verliest darauf eine Entschließung, die sich auf die Aussperrung der Zeitungsunternehmer dem technischen Personal gegenüber bezieht und in der die Aussperrung als ein Kampf bezeichnet wird, der große wirtschaftliche und politische Folgen zeitigen kann. Die Arbeiterkraft ganz Deutschlands muß den Zeitungsgewerkschaften ihre Solidarität beweisen. Die Lebenshaltung der Arbeiterkraft darf nicht noch weiter herabgedrückt werden. Die Sache der Arbeiter des Zeitungsgewerbes ist die Sache der Arbeiterkraft ganz Deutschlands.

Der zweite Referent Höpkel

berichtet die Entstehungsgeschichte des Betriebsrätegesetzes und begründet folgende Forderungen:

Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden systematisch durch das gesamte Unternehmertum sabotiert. Eine funktionsfähige Arbeit der Betriebsräte ist daher unmöglich. Durch eine Erweiterung des unzulänglichen U. A. G. muß die Arbeitsfähigkeit sichergestellt werden. Besonders der § 72: Betriebsbilanz- und Gewinn, erfordert schnellste Verabschiedung. Der Kongress verlangt aber auch ein sofort zu erlassendes Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. (§ 70.) So lange dies nicht geschieht, kommt die Haltung der Betriebsräte, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschrieben ist, nicht in Frage.

Weiter führt der Redner aus, die Afa habe seinerzeit einen besondern Entwurf zum Betriebsrätegesetz eingereicht, der den Arbeitern mehr Rechte zuerkannte als der Regierungsentwurf. Der Entwurf der Afa konnte aber nicht verwirklicht werden. Nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, haben die Gewerkschaften die Durchführung desselben in die Hand genommen und die Wahlen betrieben. Es kommt jetzt darauf an, daß Angestellte und Arbeiter zusammenarbeiten unter Ausschluß der Harmonieverbände. Die Afa habe in einem Aufruf die Angestellten aufgefordert, den Arbeitern beim

Einstich in die Betriebsverhältnisse

beizutreten zu sein durch Angaben, die im Allgemeininteresse nötig sind. Das Unternehmertum habe die Gefahr begriffen, die in dem Aufruf liegt. Die Angestellten würden die an sie gerichteten Auforderungen so ausführen, daß sie den Unternehmern keine Angriffspunkte bieten.

Der Redner ersucht den Kongress, durch Annahme einer Resolution dem Aufruf der Afa zuzustimmen und das Zusammenarbeiten von Angestellten und Arbeitern zu beschleunigen. Weiter beweist der Redner auf das unsozialistische Verhalten der Harmonieverbände von Angestellten im Zeitungsbereich und sagt, durch dies Beispiel werde bewiesen, daß die Betriebsräte mit den Angehörigen solcher Organisationen nicht zusammenarbeiten können. Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten fühlen sich mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern durchaus solidarisch und wollen mit ihnen zusammenarbeiten.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, dieser Kongress sei für die Betriebsräte nicht maßgebend, weil auf ihm die Harmonieverbände nicht vertreten sind. Ich frage mich, daß Richard Müller, der ja auch die Harmonieverbände und Selbst in die Betriebsräteorganisation aufnehmen will, den Beifall des „Berl. Tagblattes“ findet, welches ganz genau weiß, daß es im Interesse des Unternehmertums liegt, wenn die Harmonieverbände zur Mitarbeit herangezogen werden. — Wir kämpfen nicht persönlich gegen Richard Müller, Däumig, Kopsch, sondern wir bekämpfen die von ihnen vertretene Idee, die nach unserer Überzeugung gegen die Interessen der Arbeiter

geht. Wenn Arbeiter und Angestellte zusammengehen, werden wir unser Ziel erreichen. (Lebhafte Beifall.)

Der dritte Referent Prolet spricht über den organisatorischen Aufbau der Betriebsräte. Unmöglich ist es, daß die Betriebsräte, losgelöst von den Gewerkschaften, ihre Aufgaben erfüllen können. Wir haben heute schon gewisse Arbeiterorganisationen. Wir wollen

nicht noch eine neue selbständige Organisation der Betriebsräte schaffen, sondern sie den Gewerkschaften angliedern. Da die Korredner schon alles zu diesem Punkt Richtiges gesagt haben, verzichte ich auf weitere Ausführungen. (Beifall.)

Korreferent Brandler (A. P. D.):

Wir hätten uns hier sachlich auseinandersetzen müssen über unsere gegensätzliche Auffassung über die Wirtschaft, über die Probleme der Arbeitslosigkeit und des Steuerwesens. Auch ich bin der Meinung, daß die Betriebsräte nicht nur revolutionär reden, sondern vor allem revolutionär handeln sollen. Auch ich halte es für notwendig, daß die Betriebsräte zur Erfüllung ihrer Aufgaben die nötigen Kenntnisse haben müssen. In diesen Punkten bin ich mit Dismann einverstanden. Aber die konkreten Aufgaben der Betriebsräte hat Dismann nur verschwommene Angaben gemacht. Wir weisen den Betriebsräten folgende Aufgaben zu: Sie haben alles zu tun, um die Arbeiter aus ausgebeuteten Lohnsklaven zu Herren des Produktionsprozesses zu machen. Es ist nicht richtig, daß die Betriebsräte nur auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung zusammengefaßt werden können. Die freien Gewerkschaften machen die Mitgliedschaft ja auch nicht von einer gemeinsamen Weltanschauung abhängig. Sie haben ja Mitglieder aus allen, auch bürgerlichen, Parteien. (Gelächter.) Wir sind der Meinung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft nicht herauszukommen ist.

Von den Betriebsräten verlangen wir, daß sie folgende Forderungen durchsetzen: Inventuraufnahme zur Erfassung der Rohstoffe, Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, Unterstützung der Arbeitslosen mit dem vollen Lohn, denn wenn nicht für die Arbeitslosen gesorgt wird, werden sie Putzschu machen. Die Konsumorganismen haben den Bedarf festzustellen und mit den Betriebsräten die Verteilung zu regeln. Organisation der Rohstoffverteilung zum Aufbau der zerstörten Wirtschaft, Ausschaltung der Wästen- und Luxusproduktion, Verhinderung des Transports zu unproduktiven Zwecken, Kontrolle der Ein- und Ausfuhr sowie der Finanzen, Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Diese konkreten Forderungen, die noch nicht die Einführung des Kommunismus bedeuten, können nur durchgeführt werden, wenn Hand- und Kopparbeiter aller Richtungen zusammenarbeiten. — Auf dem Wege, den die Referenten empfehlen, kommen wir nicht aus dem Chaos heraus. Der von uns gestigte Weg führt und zundächst in noch größeres Elend, aber dann bringt er uns heraus aus dem Chaos. (Beifall der Wünderheit.)

Der zweite Korreferent Richard Müller

weist die Annahme zurück, daß die selbständige Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften zerstückeln oder über den Gewerkschaften stehen würde. Weiter vertritt der Redner seine bekannte Ansicht, daß alle Betriebsräte zusammengefaßt werden müssen, gleichgültig, welcher Organisation sie angehören oder ob sie überhaupt organisiert sind. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte könnten die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen. Nicht die Führer der Gelben und Weißen, sondern die hinter ihnen stehenden Arbeiter sollen gewonnen und von den Führern losgelöst werden. In den starren bürokratischen Apparat der Gewerkschaften dürften die Betriebsräte nicht hineingezwungen werden. Der Redner kritisiert die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes und kommt dabei zu Auslegungen, die lebhaften Widerspruch finden. —

Nachmittags-Sitzung.

Außerhalb der Tagesordnung erhält der russische Gewerkschaftsvertreter Losowski das Wort, um den Aufbau der Betriebsräte in Rußland darzulegen. Er verliest ein umfangreiches Manuskript, welches die Leistungen der russischen Räte im glänzendsten Licht schildert und dahin ausklingt, daß die Produktion in die Hände des Proletariats gehöre, was in Rußland durchgeführt sei.

Die Diskussion über die Referate wird eröffnet. Biegsch-Hamburg verlangt, daß das Betriebsrätegesetz so ausgebaut wird, wie es den Arbeitern vor Annahme desselben versprochen worden sei. In den Schlichtungsausschüssen würden die Positionen der Arbeiter immer mehr zurückgedrängt. Auf solche Schlichtungsausschüsse verzichteten die Arbeiter. Die Betriebsräte können nur in Verbindung mit den Gewerkschaften etwas erreichen.

Side-Berlin: Man solle nicht so ängstlich eine Konkurrenz selbständiger Betriebsräteorganisationen mit den Gewerkschaften fürchten. Die Gewerkschaften seien so mit Arbeit überhäuft, daß sie sich nicht noch mit den Angelegenheiten der Betriebsräte befassen können. So wie in Berlin eine Verständigung der Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale zustande gekommen sei, könne es auch für das Reich geschehen. Die Betriebsräte müßten ein Organ des proletarischen Klassenkampfes sein, die Arbeitergemeinschaften müßten aufgegeben und die Gewerkschaften zu revolutionären Industriearganisationen ausgebaut werden.

Engelhardt (Bergarbeiter): Die Opposition hat zu ihrer Unterstützung die russische Delegation herangezogen und der Vertreter derselben hat schon eine Rede gehalten, die heute schon in der „Roten Fahne“ abgedruckt ist. Wenn man sagt, das ganze Proletariat muß unter einen Hut gebracht werden, so sage ich, das ist eine Phrase. Die christlichen Gewerkschaften werden sich nicht mit uns vereinen. Das haben wir im Ruhrgebiet erfahren. Da ist der Versuch, die Arbeiter aller Richtungen zu einigen, gescheitert und jetzt bekämpfen sie sich gegenseitig auf das Schärfste. Durch die Uneinigkeit der Arbeiter wird das Unternehmertum gestärkt. An die Vertreter der zentralen Gewerkschaften richte ich die Aufforderung: Laßt Euch nicht von einer Minderheit breitschlagen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird mit großer Mehrheit angenommen. — Ein Zuhörer auf der Galerie ruft: „Nieten“. — Der Vorsitzende ruft: „St.“

Schlesinger-Berlin erklärt, da ihm als Vertreter von 7000 Angestellten durch den Schluß das Wort abgeschnitten sei, halte er es unter seiner Würde, auf dem Kongress länger zu verweilen. (Unruhe.)

Das Schlußwort erhält infolge eines Beschlusses einer der Referenten und einer von den Korreferenten.

Brandler (Korreferent)

kritisiert den seiner Meinung nach vorgezogenen Schluß der Debatte. Er könne auf die Diskussion nicht eingehen, weil eigentlich nichts gegen seine Ausführungen gesagt worden sei. Der Redner betont, seine Genossenschaftsgenossen hätten nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Der das behauptet, der lüge. Der Kongress könne einen Beschluß fassen und dadurch entgegenstehende Auffassungen niederstimmen, aber an den Tatsachen der Entwicklung werde dadurch nichts geändert. In der von Dismann vorgelegten Resolution ständen nur allgemeine Redensarten, aber keine konkreten Angaben über die Aufgaben der Betriebsräte. Die Zusammenfassung der Betriebsräte neben den Gewerkschaften bedeute keine Herabsetzung der Gewerkschaften, sondern eine Arbeitsteilung. Es sei ganz unmöglich, daß eine Betriebsrätezentrale nur eine Unterkommision der Afa

und des Gewerkschaftsbundes sein könne. Es müsse eine Bahn eingeschlagen werden, die die Zusammenfassung aller Betriebsräte ermöglicht. Wir verlangen eine Zentrale, die eine ausschlaggebende Macht der Arbeiter ist und nicht gegen, sondern mit den Gewerkschaften arbeitet. Wir wollen in der von uns beantragten Zentrale je fünf Mitglieder der Afa und des Gewerkschaftsbundes aufnehmen. Nach dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes und der Afa sollen die Betriebsräte bevormundet werden. Die Gewerkschaften sind interrevolutionär, sie haben uns in den Sumpf geführt, in dem wir uns jetzt befinden. Der Redner kritisiert die von den Referenten beantragten Resolutionen. Ihre Annahme würde seinen Schaden bedeuten, aber man dürfe sich nicht einbilden, damit etwas für die Interessen der Arbeiter getan zu haben. Der Redner empfiehlt die Anträge der U. S. P. und A. P. D. auf Schaffung einer Zentrale aus 30 Mitgliedern und je 5 Vertretern der Afa und des Gewerkschaftsbundes. (Schwacher Beifall.)

Dismann (Referent):

Genosse Brandler sagte, uns trennt eine Weltanschauung. Er hat sich einen Popanz zurechtgemacht, um darauf loszukauen zu können. In der Beurteilung der gegenwärtigen Sachlage trennt uns keine Weltanschauung. Wenn sich Brandler rühmt, ein alter Gewerkschafter zu sein, dann muß er wissen, daß sich die Gewerkschaften von Anfang an auf den Boden des Sozialismus gestellt haben. Vor mir steht die Wüste des Genossen Bebel. Wenn der den Genossen Brandler gehört hätte, er würde ihn beim Kragen genommen haben. (Beifall.) Bebel hat sich früher mit den Jungen wegen derselben Phrasen herumgeschlagen, die Brandler hier vorgetragen hat. (Lebhafte Beifall.) Wenn Bebel, Kämpel und ich gemeinsam für die Zusammenfassung der Betriebsräte eintreten, so stehen wir politisch doch nicht auf demselben Standpunkt, wie Brandler gesagt hat.

Wenn wir auf einen gemeinsamen Kampfboden kommen wollen, dürfen wir den Andersdenkenden nicht beschimpfen, sondern wir müssen ihn durch sachliche Argumente zu überzeugen suchen. Wer der wirtschaftliche Revolutionär ist, das wird sich in der praktischen Arbeit zeigen. Der immer die Dreieinigkeit: Weltrevolution, Räteorganisation und Diktatur des Proletariats im Munde führt, ist noch lange kein Revolutionär. Brandler vertritt seine Anträge als solche der U. S. P. und der A. P. D. Wir von der U. S. P. lehnen es ab, uns mit Euch, die Ihr hinter Brandler steht, zu identifizieren. (Lebhafte Beifall.)

Die Kernfrage ist: Selbständige Betriebsrätezentrale oder Zusammengehen mit den Gewerkschaften. Dem Genossen Losowski muß ich entgegenhalten, was uns von russischen Genossen über die russischen Betriebsräte gesagt worden ist. Schlapnikoff sagt in seiner Broschüre, daß die Fabrikkomitees keine wirtschaftlichen, sondern nur untergeordnete soziale Aufgaben erfüllen und daß sie

verantwortliche Organe der Gewerkschaften

sind. Und Dudarin sagt, die russischen Arbeiter hätten nicht den hundertsten Teil ihrer Leistungen vollführen können, wenn sie sich nicht auf die Gewerkschaften hätten stützen können. So spricht man in Rußland, aber im Ausland stellt man es anders hin. Von Moskau wird verlangt, daß wir die internationale Betriebsrätezentrale zerstückeln. Es ist eine böswillige Verteilung und Lüge, uns als Gelbe in der Amsterdamer Internationale zu verächtigen. (Lebhafte Beifall.) Wir lassen unsere Gewerkschaften nicht zerstückeln und halten an der Amsterdamer Internationale fest. (Lebhafte Beifall.) Man beruft sich darauf, daß die Berliner Gewerkschaften sich mit der Betriebsrätezentrale einigt haben. Diese Einigung ist nur zustande gekommen, weil die Betriebsrätezentrale nach dem Motto handelte: „Wißt Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“ Wir sind als Gelbe bezeichnet worden, haben in einer Berliner Fabrik die Herstellung von Wästen verzweigert. Aber die nicht bei und organisierten Revolutionäre haben dabei nicht mitspaziert. Sie, die Vertreter der Weltrevolution, stellen jetzt Waffen her zur Bekämpfung der russischen Vorkämpfer für die Weltrevolution. (Lebhafte Beifall.) Die hier vertretenen Betriebsräte sind denkende Männer. Sie können sich nicht anders entscheiden als für die Zusammenarbeit mit ihren alten Kampforganisationen. Gelingt es uns, die Gewerkschaften auf einem gemeinsamen Kampfboden mit den Betriebsräten zu vereinen, so ist die Zukunft unser. (Lebhafte, starker Beifall.)

Es erfolgt die Abstimmung über die große Zahl der vorliegenden Resolutionen und Anträge.

Mit einer starken Dreiviertelmehrheit wird eine Resolution des Referenten Prolet angenommen, wodurch der Kongress die Vor schläge des Gewerkschaftsbundes und der Afa auf Bildung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale billigt. Die Resolution lautet:

Die Arbeiterkraft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollen Entfaltung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte sind ihren Aufgaben in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stützung auf die Gewerkschaften ist gelohnt, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser Zeit.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder örtlich noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lähmen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des U. S. P. und der Afa sowie der Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale steht der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des U. S. P. und der Afa gegeben. Der vom Kongress zu wählende Beirat wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführenden Ausschuss sofort die Vorbereitung der Wahlen zu den Betriebsrätezentralen vorzubereiten, sobald deren Bezirke feststehen.

Fast einstimmig wird eine sehr lange Resolution Dismann angenommen, die in ihrem wesentlichen Teil ungefähr folgendes sagt:

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen. Das Wirtschaftselben wird von steten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert. Die von Unternehmern gesteuerte Produktion ist gegenwärtig akute Krise... In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Gefahren des Gesetzes... tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die Situation gestellten Aufgaben heran... Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterkraft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele setzen und ihre gesamte

Tätigkeit dementsprechend elastischen... Die von den Betriebsräten auszuführende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßiger Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Nohmaterial, Nahrung, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden...

Drei Resolutionen des Referenten Körpel, die ebenfalls fast einstimmig angenommen werden, folgen im wesentlichen folgendes: Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden von den Arbeitnehmern systematisch sabotiert. Sie suchen die praktischen Arbeiten der Betriebsräte unmöglich zu machen...

Der Kongreß fordert die Gewerkschaften auf, sich dafür einzusetzen, daß das besondere Gesetz über die Betriebsräte vorliegende Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vollständig berücksichtigt wird.

Einige Anträge, die Vorschläge zur Abänderung des Gesetzes enthalten, werden demerrat überwiesen.

Eine Resolution, die die Gewerkschaften auffordert, für den Zusammenstoß aller Hand- und Kapslarbeiter in Industrieverbänden zu wirken, wird dem Ausschuß des Gewerkschaftsbundes überwiesen.

Zu einem Antrage, der das Eintreten für die Kriegsgeschädigten fordert, die nach Aufhebung der zu ihrem Schutz vor Entlassung bestehenden Verordnung der Kündigung entgegenstehen, bemerkt Aufhäuser, daß die Verlängerung der betreffenden Verordnung bestimmt zu erwarten ist.

Eine Protestresolution gegen den Erlaß eines Dienstpflichtgesetzes und gegen die Befreiung des Kautschudentages wird einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution, die Vorschläge zur Lösung des Wohnungsproblems macht.

Eine andere Resolution verlangt von der Regierung, daß sie die Aufhebung des Beschlusses der Reichstagskommission erwirkt, welche dahin geht, daß sämtliche im Bau befindlichen Dieselmotoren, auch solche, die bereits zu gewerblichen Zwecken verwendet werden, vernichtet werden müssen...

Grafmann bemerkt zu dieser Resolution: Die Entente verlangt von uns ungeheure Leistungen und nimmt uns die Mittel, womit wir diese Leistungen erfüllen könnten. Wir werden bei Herrn Majer mann, dem Vorsitzenden der Ententekommission, im Sinne der Resolution vorstellig werden.

Der Kongreß stimmt dem einstimmig zu. Andere angenommene Resolutionen verlangen Maßnahmen der Regierung gegen die Stilllegung der drei größten württembergischen Fabriken, Sicherung der Tätigkeit der Betriebsräte bei der Eisenbahn, die durch die von der Verwaltung herausgegebenen Richtlinien gehindert werde...

Unter Abfindung des Sozialistenmarsches gingen die Delegierten um 8 1/2 Uhr auseinander.

Ein Antrag auf Schutz vor Dabatts, der nach dem geordneten Biering namens der Reichstagssozialdemokratie unterzeichnet ist (Lärm bei den U. Soz.) wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Ueber Artikel 1 (12 unbesoldete Stadträte) beantragen die Unabhängigen namentliche Abstimmung. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt, also abgelehnt.

Artikel 1 wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen. Ein Antrag Dominicus (Dem.) verlangt einen neuen Artikel 2a, wonach bis zur Bildung des Magistrats der neuen Stadtgemeinde dessen Zuständigkeiten durch den Magistrat der alten Stadtgemeinde Berlin wahrgenommen werden sollen...

Abg. Ludwig (U. Soz.): Der Antrag will nur Fehler wieder gutmachen, die Sie (zu den Bürgerlichen) während Ihrer Herrschaft in Berlin gemacht haben.

Artikel 2a wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Die Schlussabstimmung ist auf Antrag des Abg. Biering (Soz.) namentlich. Das Gesetz findet mit 161 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 123 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabh. hängigen Annahme. Vier Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

Das Gesetz über die Verbenzung der Amisgerichtsbezirke Rügen und Warstein wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über Abänderung der Zusammenfassung der Schuldeputation, Schulverbände und Schulkommissionen.

In der Debatte bemerkt Abg. König-Frankfurt (Soz.): Wenn der Geistliche ohne weiteres zum Schulvorstand gewählt, so müßten Sie (nach rechts) auch die Prediger der Freireligiösen Gemeinde berücksichtigen. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß der Geistliche nicht geborenes Mitglied der Schuldeputation ist, sondern nur gewählt werden kann.

Das Gesetz wird mit einer Änderung endgültig angenommen. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die

Wahlen zum Preussischen Landtag.

Wähler sind demnach alle über 20 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, Männer und Frauen, die in Preußen wohnen. Für Soldaten ruht die Ausübung des Wahlrechts während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Ausgeschlossen sind Entmündigte sowie unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft Gestellte und diejenigen, die die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen.

In Verbindung hiermit wird beraten ein Antrag Bergt (Nat. Vp.) und Genossen, der die Regierung ersucht, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, damit die Neuwahlen zum Preussischen Landtag auf Grund eines heiligtenden Notwahlgesetzes

spätestens am 12. Dezember 1920 stattfinden können. Ferner wird beraten ein Antrag der Abg. Dr. v. Richter (D. Vp.) und Genossen, wonach die Wahlen für den 12. Dezember 1920 anzusetzen sind, wobei das Wahlgesetz zum Reichstag zugrunde gelegt werden solle, nur daß auf 45 000 Stimmen bereits ein Abgeordneter entsallen soll.

Weiter wird beraten ein Antrag Adolf Hoffmann (U. Soz.) und Genossen, wonach die Landesversammlung beschließen soll, sich für aufgelöst zu erklären und die Staatsregierung ersucht wird, sofort Neuwahlen auszuschieben.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) verzichtet aufs Wort zur Begründung seines Antrags.

Abg. Dr. v. Richter (D. Vp.)

begründet den Antrag seiner Partei: Für uns ist die Frage der Auflösung eine politische Frage allerersten Ranges, aber keine parteipolitische. Die Zusammenfassung der Landesversammlung muß sobald wie möglich in Uebereinstimmung gebracht werden mit dem Willen der Wähler, sonst herrsche ja bei uns der Parlamentarismus und nicht die Demokratie.

Gegensatz zwischen dem Reiche und Preußen

nicht ohne Schädigung beider aufrechterhalten werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Demokraten sind auf dem besten Wege, in der Frage der preussischen Landtagswahlen eine ebenso glückliche Rückwärtsentwicklung vorzunehmen wie beim Gesetz Groß-Berlin. Wenn uns erst jetzt von der Regierung ein solcher Wahlschneidwerk vorgelegt wird, dessen Modalitäten wirklich nicht der langen Vorbereitung bedürft hätten, so ist das entweder ein Zeichen der völligen Unfähigkeit der Regierung oder ihres bösen Willens.

Abg. Rippel (Dnall.)

begründet das von seiner Partei beantragte Notwahlgesetz: Bei der vorgerichteten Zeit ist die Landesversammlung gar nicht in der Lage, ein Wahlgesetz so dringlich zu beraten, wie es nötig wäre. Unser Notentwurf ist zudem viel besser als der Regierungsentwurf. Die Regierung hat die Verschleppung des Wahlgesetzes wohl überlegt und vorbereitet. Die Neuwahlen müssen so schnell wie möglich kommen, und wenn wir mit der Verfassung nicht mehr fertig werden, so trägt die Schuld daran die Reichstagssozialdemokratie, obwohl sie 1 1/2 Jahre Zeit hatte.

(Schluß im Hauptsaal.)

Der Kampf um Groß-Berlin.

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Die erste offizielle Rede der kommunistischen Fraktion ist eben in diesem Hause gehalten worden. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist bedauerlich, daß der Redner nur Stadtrat in Halle ist und auf diese Weise seine löbliche Kraft dem Gemeinwesen Groß-Berlin verloren geht. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn der Herr Redner meint, daß es mir leid ist, daß meine Berliner Genossen mit den Unabhängigen gemeinsam kommunalpolitisch getrieben hätten, so irrt er sich. Ich mache immer gern berufliche Politik, ich mache sie besonders gern mit den Unabhängigen — was ich bedauern habe ist, daß die Unabhängigen unsere Genossen zu gewissen Fehlern gezwungen haben, an deren Einwirkung wir heute noch leiden. (Wahl bei den U. Soz.) Meine Reaktion hat beantragt, über das Gesetz eine namentliche Schlußabstimmung vorzunehmen. (Zuruf der U. Soz.: Werben Sie drin!) Jawohl, wir bleiben drin und wir werden auch alle Anträge, die eine Verschärfung beinhalten, ablehnen, denn wir legen Wert darauf, daß das Gesetz heute noch verabschiedet wird. Der gegenwärtige Zustand in Berlin ist unerträglich, denn es geht nicht an, daß eine Viermillionenstadt in dieser fürchterlichen Zeit der Arbeitslosigkeit und der Ernährungsnot wochenlang probatorisch verwaltet wird. (Erregte Zurufe bei den U. Soz.) Da gibt es doppelte, daß der Magistrat (mit starker Betonung) mit sozialistischer Mehrheit so bald als möglich seine Arbeiten beginnt. Wir lehnen darum jede Obstruktion ab, die nur dann einen Sinn hätte, wenn Aussicht bestände, daß die jetzt gewählten Magistratsräte bestätigt würden. — Diese Aussicht aber besteht nicht. (Andauernde Zwischenrufe bei den U. Soz.) Als der Ausschuß zusammentrat, beantragten die Bürgerlichen, daß die Magistratsräte solange nicht bestätigt würden, bis das Gesetz hier verabschiedet sei. — Diesem Antrag wurde von niemandem widersprochen, auch nicht von den Unabhängigen. (Hört, hört! Zuruf der U. Soz.: Lügen!) Auch im Ausschuß haben die Unabhängigen ebenfalls keinen Einspruch erhoben, was der Vorsitzende des Ausschusses noch einmal ausdrücklich feststellte. (Hört, hört! — Erregte Zurufe bei den U. Soz.) Ich wiederhole: Es ist im Ausschuß gegen diese Nichtbestätigung kein Einspruch erhoben worden.

Daß wir durch Obstruktion das herbeiführen, was die Reaktionäre ja eigentlich wollten, nämlich, daß das Gesetz Groß-Berlin überhaupt nicht in Kraft tritt, dieses Verlangen mag vielleicht dem Gebot von Rosa Luxemburg entsprechen, unserem tiefen Bewusstseinlichkeitsgefühl entspricht es nicht. (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe der U. Soz.) Im Ausschuß hat der unabhängige Abgeordnete Leib bis zu drei, fünf und zehn unbesoldeten Stadträten ruhig gehen wollen, wenn Sie (zu den Bürgerlichen) klug gewesen wären, dann hätten sie diesem Antrag gleich zugestimmt. Wenn aber heute Herr Kilian in so großen Elogen revolutionäre Phrasen brüht, so hätten die Unabhängigen vorher nicht solche Ruhmestriebe treiben sollen. (Sehr richtig! Zur (zu den U. Soz.) ganzer Mabay soll eben nur bedeuten, daß Sie wieder einmal parlamentari-

tarisch entgleist sind, und soll Prinzipienfrage vorläufigen, im nachher Ruhmestriebe besteht. (Erregter Widerspruch bei den U. Soz. — Zuruf Adolf Hoffmann: Was verstehen Sie von Prinzipien?) Herr Adolf Hoffmann, Karl Marx hat recht gehabt, als er erklärt hat, daß es keinen widerwärtigeren Menschen gibt, als die arbeitlichen Pfaffen. (Stürmische anhaltende Heiterkeit.) — Nun wieder zur Sache. Was wollen Sie (zu den Bürgerlichen) eigentlich mit der heutigen Vorlage? Sie haben Beschwerden gegen Herrn Löwenstein, gegen Herrn Adler und andere, aber Sie haben sich anscheinend noch gar nicht klar gemacht, daß daran die Novelle gar nichts ändert: Löwenstein bleibt, Adler bleibt. Sie klagen über die ungenügende Berücksichtigung von Fachmännern und statt dessen greifen Sie ein paar arme Stadträte an. Wenn Sie sich dagegen die fürchterlichen Folgen der durch Sie herausbesprochenen Verhütung, die durch Ihren

türstchen und aufreizenden Kampf gegen das Gesetz Groß-Berlin hervorgerufen wurde, vor Augen führen und dagegen halten, daß Sie durch die heutige Novelle gar nichts daran ändern, dann habe ich noch immer die Hoffnung, daß die Einsicht bei Ihnen liegt. Meine Freunde haben in einer Funktionserklärung ausdrücklich erklärt, daß sie die beteiligten Unabhängigen an der Verwaltung und damit an der Verantwortung begrüßen. Sie haben aber ebenso ihren festen Willen erklärt, das demokratische Prinzip nach der Stärke der Parteien ebenfalls aufrecht zu erhalten, auch in den Bezirken. (Beifall.) Ich würde mich freuen, wenn die bürgerlichen Parteien dies auch von jenen sechs Bezirken erklären würden, in denen Sie die Mehrheit haben. — Die Umwandlung der Einzelgemeinden in die Gemeinde Groß-Berlin bringt viele Störungen und unangenehme Nebengangserscheinungen mit sich; ich glaube deshalb, daß alle Menschen, denen das Wohl der Berliner Bevölkerung am Herzen liegt, alles tun müssen, daß aus dem Wirrwarr der gegenwärtigen Lage möglichst bald ein Zustand sich herauskristallisiert, der das Wohl der gesamten Bevölkerung Groß-Berlins in höchstmöglicher Weise gewährleistet. (Lebhafter sich wiederholender Beifall. — Anrufe bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Leibitz (D. Vp.): Ich kann die Erklärung des Redners über die Vorgänge im Ausschuß bezüglich der Nichtbestätigung nur bestätigen. Ferner kann ich namens meiner Freunde erklären, daß wir in den Bezirken, wo die Bürgerlichen die Mehrheit haben, die Minderheit entsprechend berücksichtigt werden.

Abg. Leib (U. Soz.): Ich habe im Ausschuß mich gegen jede Ausnahmebehandlung der Groß-Berliner Bevölkerung gewandt. Gegen die Nichtbestätigung habe ich mich entschieden ausgesprochen. Für und handelt es sich um eine Prinzipienfrage. Sie aber wollen ein Ausnahmengesetz gegen eine Ihnen unbedeutsame Partei; dagegen wehren wir uns mit aller Kraft. Wir sind erbittert, daß die Partei des Kollegen Heilmann nicht entschieden auf unserer Seite ist. Sie (zu den Reichstagssozialisten) treiben mit der Demokratie Schindluder. Es gibt kein anderes Mittel, als daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins sich mit aller Macht zur Wehr setzt und Ihnen zeigt, was eine Partei ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dominicus (Dem.): Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir selbstverständlich dafür sorgen werden, daß die Minderheit an der Verwaltung der Bezirke auch beteiligt wird. Im übrigen halte ich meine Bemerkungen über die Stellung der Kollegen Leib im Ausschuß durchaus aufrecht und freue mich, konstatieren zu können, daß meine Erklärungen auch heute durch dieselbe anwesende Zentrumabgeordnete bestätigt werden.

Minna bleibt.

Eine lehrreiche Geschichte für Hausfrauen.

Von G. KarL

„Die Gastrechnung ist auch gekommen,“ schrieb Frau Inge an den abwesenden Gatten. „Denke Dir, 240 Mk! Ich es nicht — — —“ Irgendwie wollte sie hinausgehen, als aus der Küche ein fürchterlicher Schrei ertönte. Nicht anders hörte es sich an, als ob Minna, der Beside des Hauses, mit einem stumpfen Messer die Kehle abgeschnitten würde. Frau Inge stürzte zur Küche. Dort lauerte Minna bläulich in sich zusammengefunken wie ein Häufchen Unglück, auf einem Küchenstuhl und wimmerte zum Steinerweiden. „Über Minna, wie Sie mich erschreckt haben! Was ist Ihnen denn passiert?“ Mit abgewandtem Gesicht, als könne sie das Gräßliche nicht sehen, hielt Minna ihrer Schwägerin einen blutigen Daumen unter die Nase. Jetzt erst sah Frau Inge, daß Minna sich beim Holzspalten in den Daumen gekocht hatte. „Ach, ich werde sterben — — —“ wimmerte Minna, das Beil war so rostig — — —“ Vor Mitleid mit sich selbst sank sie immer mehr in sich zusammen und wie ein Wädelchen liefen ihre Tränen ihre prallen Wangen herunter. Zu Minnas Verführung telephonierte Frau Inge

zu Dr. Feldner, dem Hausarzt. In wenigen Minuten war er zur Stelle. „Können Sie sich, teure Minna, die Sache ist nicht halb so schlimm, wie sie aussieht!“ — I suchte Dr. Feldner den verwundeten Hausgeist zu beruhigen. „Ich werde also nicht sterben?“ hauchte Minna, das Gesicht schon wieder hoffnungsvoll erhoben. „Gewiß werden Sie sterben — aber nicht daran,“ lachte der Doktor. Er legte einen Verband an, und die Sache schien ausgefallen. Schien — aber man weiß, wie die sichere Rettung dem Menschen Mut macht. So auch bei Minna. Sie war plötzlich „aufgezogen“ und mit erquickender Jungferlichkeit erklärte sie ihrer „Gebietlerin“ (was man heute so „Gebietlerin“ nennt), daß sie den ganzen „Kram“ satt habe, daß sie nicht immerzu Kohlen schleppen und Holz spalten wolle, daß sie auch mal saubere Hände haben wolle, daß sie u. u. u. „Überhaupt, wo jetzt der Winter kommt,“ fügte sie mit Nachdruck hinzu. Frau Inge und Dr. Feldner fanden es geraten, sich vor diesem berheerenden Plagregen (wunderbar Worte zurückzuführen. „Ja, was sagen Sie zu den heutigen Mädchen?“ fragte Frau Inge aufatmend den Doktor. „Daß sie recht haben,“ erwiderte der Doktor. „Dieses von Ihrer Minna so Abel vermerkte Kohlen-schleppen und Holzspalten ist in der Tat nicht mehr zeitgemäß, es ist veraltet.“

„Aber bester Herr Doktor, ich kann doch meinem Mädchen zu Liebe nicht ins Erdgeschloß ziehen, statt drei Treppen zu wohnen, oder soll ich etwa mit Luft heizen?“ „Ja, das sollen Sie.“ Frau Inge sah den Doktor unsicher an; sollte er plötzlich — ? Dr. Feldner lachte. „Natürlich sollen Sie mit Luft heizen und zwar mit Heizluft. Haben Sie noch nichts von der Grubeheizung gehört? Im modernen Haushalt löst, bratet und häut man mit Heizluft, jedes Gericht behält sein volles Aroma und — was für Minna die Hauptsache sein würde — das Holzspalten und das häßliche Kohlen-schleppen fällt weg. Von Grubelofen kann man stets einen tüchtigen Vorrat in der Küche haben, da er durch seine Feinstmigkeit wenig Platz einnimmt. Was aber wirtschaftlich ein großer Vorzug ist — die Grubeheizung ist viel billiger als Kohle oder Gas.“ Frau Inge hörte aufmerksam zu. Das war ihr in der Tat etwas ganz Neues. Gern gab Dr. Feldner Frau Inge weitere Ausführungen über so einen modernen Grubelofen, erklärte ihr, wie man durch die Wellblechheizung schnelle Hitze, wie auf Gas, erzielen könne, daß der Grubelofen immer im Betrieb sei, wenig Wartung verlange und stets heißes Wasser liefere u. u. u. Wie doch Minna, so war jetzt der Doktor „aufgezogen“, denn er war ein eifriger Anhänger der Grubeheizung und hielt es für seine Pflicht, dem Guten zum Siege zu verhelfen. — „Natürlich aber,“ schloß Dr. Feldner seine lehrreichen Ausführungen, dürfen Sie nicht so ein altes Gerümpel von Grubelofen kaufen, wie man sie früher hatte, sondern nur einen mit Wellblechheizung.“ „Aber Herr Doktor, Sie reden sich ja ordentlich in Begeisterung hinein,“ sagte Frau Inge fröhlich. „Ja, die Sache ist auch begeistertend, Sie müssen sich die Wellblechheizung unbedingt ansehen. Die Patent-Inhaberin, die Deutsche Patent-Grubelofen-Fabrik Walter Riefel u. Co., G. m. b. H., in Liebertsdorf bei Leipzig hat in Berlin, Jerusalem-Str. 15, eine Niederlassung, wo man Ihnen die Sache sicher gern vorführen wird. Und das kann ich Ihnen sagen, wenn Sie einen solchen Herd anschaffen — es gibt auch Heizöfen nach diesem System —, so übernehme ich jede Garantie, daß Ihre Minna trotz der drei Treppen bleibt.“ — Dem Rat eines Arztes muß man gehorchen, dachte Frau Inge; schon am nächsten Tage ging sie nach der Jerusalem-Str. 15 und — kaufte, kaufte einen Riefel-Patent-Grubelofen mit Wellblechheizung. Und nach acht Tagen belam Dr. Feldner von Frau Inge eine Postkarte, auf der außer einem Gruß und ihrer Namensunterschrift nichts weiter stand als: „Minna bleibt!“

es für seine Pflicht, dem Guten zum Siege zu verhelfen. — „Natürlich aber,“ schloß Dr. Feldner seine lehrreichen Ausführungen, dürfen Sie nicht so ein altes Gerümpel von Grubelofen kaufen, wie man sie früher hatte, sondern nur einen mit Wellblechheizung.“ „Aber Herr Doktor, Sie reden sich ja ordentlich in Begeisterung hinein,“ sagte Frau Inge fröhlich. „Ja, die Sache ist auch begeistertend, Sie müssen sich die Wellblechheizung unbedingt ansehen. Die Patent-Inhaberin, die Deutsche Patent-Grubelofen-Fabrik Walter Riefel u. Co., G. m. b. H., in Liebertsdorf bei Leipzig hat in Berlin, Jerusalem-Str. 15, eine Niederlassung, wo man Ihnen die Sache sicher gern vorführen wird. Und das kann ich Ihnen sagen, wenn Sie einen solchen Herd anschaffen — es gibt auch Heizöfen nach diesem System —, so übernehme ich jede Garantie, daß Ihre Minna trotz der drei Treppen bleibt.“ — Dem Rat eines Arztes muß man gehorchen, dachte Frau Inge; schon am nächsten Tage ging sie nach der Jerusalem-Str. 15 und — kaufte, kaufte einen Riefel-Patent-Grubelofen mit Wellblechheizung. Und nach acht Tagen belam Dr. Feldner von Frau Inge eine Postkarte, auf der außer einem Gruß und ihrer Namensunterschrift nichts weiter stand als: „Minna bleibt!“

Die Anschlussbewegung in Deutschösterreich.

Am letzten Sonntag fand in Linz a. Donau eine riesige Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei unter freiem Himmel statt, in der der Staatssekretär für Seerwesen Genosse Dr. Julius Deutsch vor 10 000 Menschen sprach und nach einem Bericht des sozialdemokratischen „Ringer Tagblattes“ auch eingehend die Anschlussfrage erörterte. Er erinnerte an den heftigen Kampf in den letzten Jahren zwischen den „Kleinösterreichern“, die ein Deutschland unter preussischer Hegemonie mit einem Hohenzollern an der Spitze gründen wollten, und den „Großösterreichern“, die für eine österreichische, also habsburgische Oberherrschaft eintraten. Sodann fuhr er fort:

Damals haben die Sozialdemokraten den politischen Schoupias betreten und erklärt: Die Arbeiter Deutschlands treten für das gesamte Deutschland ein, nicht aber für ein Deutschland der Hohenzollern oder der Habsburger. Ein deutscher Dichter hat das in folgende glanzvolle Worte zusammengefasst:

Kein Preußen und kein Oesterreich!
Der Wind und gut Gesicht
Der deutschen Republik!

(Weisfall.) Das war die Ueberzeugung der ersten Sozialdemokraten. Das war die Ueberzeugung Debes und Liebknecht. Das war die Ueberzeugung der breiten Massen der Sozialdemokraten, die hernach gelebt und gewirkt haben. Auch wir bekennen und heute noch nach 60 und 70 Jahren zu dem, was damals schon unsere Führer erklärt haben. Wir treten ein für den Anschluss des deutschösterreichischen Volkes an das Deutsche Reich, weil wir damit die wirtschaftliche Lage dieses Landes heben wollen, weil wir damit ein gutes, tüchtiges Volk dem großen Muttervolke zuführen wollen, weil wir damit der deutschen Kulturgemeinschaft im höheren Maße wie bisher teilhaftig zu werden hoffen, und schließlich treten wir für den Anschluss an Deutschland ein, weil wir überzeugt sind, daß die breiten Massen der Arbeiterklasse in Deutschland und hier sich zu einem großen, mächtigen Block vereinen müssen, dem es gelingen kann, dem Sozialismus näherzukommen, den Sozialismus rascher herbeizuführen, als wenn jeder Teil allein bleibt. (Stürmischer Weisfall.)

Die französische Presse fährt übrigens fort, die dunkelsten Drohungen gegen Deutschösterreich auszusprechen für den Fall, daß es auf die Volksabstimmung nicht verzichte. Schon drohen einzelne laubere Herren in den Pariser Redaktionen, denen wohl der Massenmord an Wiener Kindern im vergangenen Winter, den die Ententemächte auf dem Gewissen haben, nicht genügt, mit der Wiedereinsetzung der Blokadé! Der „Figaro“ aber geht noch weiter und meint, daß die österreichischen Abgeordneten ihre Kundgebung für den Anschluss niemals gewagt hätten, wenn sie nicht von Berlin aus unterstützt worden wären, die Alliierten eben gegen Deutschland vorgehen müßten.

Die französische Presse bedient sich übrigens in ihrem Schmäh gegen die Anschlussbewegung eines äußerst schäbigen Mittels, das geradezu einer Fälschung gleichkommt. Sie überlegt geflistentlich „großdeutsch“ mit „pangermanische“, also mit „alldeutsch“, weil sie weiß, welche üblen Gedankenverbindungen sich — mit Recht — an diesen letzten Namen knüpfen. Im „Figaro“ wird von den Alldeutschen gesprochen, „die selbstverständlich von den Sozialdemokraten unterstützt“ würden. In Wirklichkeit sind die französischen Reaktionen, die sich nicht entblenden, um ja die Anschlussbewegung zu hindern, Hand in Hand mit den letzten christlich-sozialen Anhängern der Habsburger Dynastie zu gehen, ebenso wie sie in Bayern die separatistischen Bestrebungen der Wittelsbacher und in Ungarn das Militärregiment der Horthy-Bande unterstützen.

Der Karlsbader Parteitag gegen Moskau.

Karlsbad, 7. Oktober. (All.) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei beschloß gestern mit 293 gegen 114 Stimmen, der Dritten Internationale nicht zuzustimmen, sondern den Versuch zu machen, einen Weg zu finden, die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei zu verhindern.

Die französische Akademie zum „Triumph der Zivilisation“ beglückwünscht, ein Schritt, der in Spanien allgemeiner Verurteilung bedürftig ist. In einer Kundgebung weist nun die überwindende Mehrheit der spanischen Gelehrten darauf hin, daß sie die sofortige Herabsetzung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen zwischen allen Ländern ohne Ausnahme für ein Erfordernis der Zivilisation ansehen. Kein Volk, und am wenigsten ein Volk wie das deutsche, das so glänzend zum wissenschaftlichen Fortschritt beigetragen habe, dürfe je in die Lage geraten, die ihm die Weiterentwicklung in der Wissenschaft verweigere. Aufgabe sei es gerade der Männer der Wissenschaft in allen Ländern der Welt, daran zu arbeiten, über den von der Politik geschaffenen Grab erneut den internationalen Geist der Wissenschaft zu setzen.

„Die Kunst.“ Im Verlag von Willy Strig (Geibelberg) erscheint „Die Kunst“, eine Sammlung lexikalisch geordneter Fachausdrücke über alle Zweige der Wissenschaft, Kunst und Technik unter Mitarbeit von Fachleuten. Die Publikation verfolgt die Absicht, in einer Zeit, wo durch Vorträge, Volkshochschulkurse, wissenschaftliche Führungen so rasch für die Bildung gearbeitet wird, das fachliche und terminologische Grundmaterial eines Gebietes in übersichtlicher Weise dem Publikum in die Hand zu geben. Von den vielen angekündigten Bänden liegen bereits vor: „Neuere deutsche Literatur“ von Prof. Richard Dohse, „Russland“ von Hans Buchardt und „Basil“ von Franz Pachler. Der Preis beträgt 8,00 M. für das Bändchen.

Erfolg der Segelflugversuche. Die Eier der See- und Strandvögel sind wegen der drohenden Ausrottung und Vernichtung der Vogelwelt der Seelüften auch für das Jahr 1921 unter Aufsicht des Reichs geschützt worden. Es dürfen also auch im nächsten Jahre weder Küchlein noch Vögelchen gesammelt werden. Einzelne Arten der See- und Strandvögel, und zwar die seltensten und wertvollsten, sind an den Seelüften bereits verschwunden, andere außerordentlich selten geworden.

Moderne Myth. Franz Konrad Goebelert legt seinen Vortragsskizzen am 11. Oktober, abends 7½ Uhr, im Rosenthal, Altonaer Platz 7, fort. Moderne Myth: George, Rilke, Holz, Dehmel, Zweig, Müllerson und Bierbaum.

Neue Bücher trägt am 13. Oktober, abends 7½ Uhr, im Reiteraal vor: Strindberg, Das wilde Tier (a. b. Historische Miniaturen, Cassius und Kero), Dehmel, Zwei Menschen (Roman in Romanen), Müllerson, „Bach“ (Büchlein und Rätsel).

Ein Strindbergpreis. Die Katastrophe des Weltkrieges hat Strindbergs Kinder, Ueberlebende, Verlorene verlangt, für die beste Dichtung oder Schrift in deutscher Sprache, die die Beschreibung der Völker liefert, einen Preis von dreitausend Mark zu stiften, der jedes Jahr an Strindbergs Geburtstag (22. Januar) vergeben wird. Strindbergs Freund, Prof. C. E. Sahlstedt, hat das Amt des Preisrichters übernommen. Einladungen sind an den Verlag Georg Müller, München, zu richten.

Ein Richard-Strindberg-Studium in Moskau. Am 26. September begann in Moskau im Großen Staatstheater ein Zyklus von Symphoniekonzerten, ausschließlich mit Werken von Richard Strauss unter Leitung von G. Hübner, einem in Russland sehr bekannten Dirigenten. Der Volkskommissar für Bildungswesen Lunatschki eröffnete den ersten Abend mit einer einleitenden Ansprache.

Das preussische Wahlgesetz.

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Minister des Innern Severing:

Wenn man diese Debatte hier auf sich wirken läßt, so sollte man der Meinung sein, daß wir keine Arbeitslosen in Deutschland haben, daß wir nicht vor große Schwierigkeiten gestellt sind, sondern uns den Luxus kleinerer politischer Parteien leisten können. (Sehr richtig links.) Ja kann die Ausführungen der Redner nicht als einen Versuch anerkennen, sich sachlich mit der Regierung auseinanderzusetzen, und ich bin gewohnt, in demselben Tone zu antworten, wie ich provoziert werde. Sie sagen, daß die Haltung der Regierung bösen Willen zeige. Da können Sie von mir nicht verlangen, daß ich Ihren guten Willen anerkenne. (Laut rechts: Verlangen wir auch gar nicht.) Wenn die Herren erklären, daß es sich zwar um eine politische Frage ersten Ranges handle, aber um keine parteipolitische, und wenn dann der Redner von der Rechten im gleichen Atem ausrechnet, wie sich für seine politischen Freunde das Wahlergebnis in Preußen nach den Ergebnissen des 6. Juni im Reich gestalten würde, dann werden doch wohl auch parteipolitische Motive in Betracht kommen. (Sehr wahr! links.) Wenn die Herren aus ihrem Herzen keine Röhrgrube machen wollten, so müßten sie anerkennen, daß für jeden, dem es darum zu tun ist, den Schwierigkeiten des nächsten Winters zu begegnen, die Wahlrechtsfrage nur eine Frage der Praxis ist. Was wollen Sie denn als Volkstimmung bezeichnen? (Laut rechts: Die Wahlen vom 6. Juni!) Glauben Sie, daß, nachdem sich herausgestellt hat, daß

die Herren v. Kaumer, Scholz und Heinze auch nur mit Wasser lachen

können, daß keine Besserung der wirtschaftlichen Lage eingetreten ist, sondern eine Verschlechterung, die Stimmung im Volke Ihnen noch günstig ist? (Laut rechts.) Dann ist hier auch gesagt worden, was auch in der Presse jener Herren immer wiederkehrt, daß das Verhältnis der preussischen Regierung zur Reichsregierung ein schlechtes sei. Nun hat aber der demokratische Minister noch in Köln erklärt, er habe das nur in der Zeitung gelesen, und zwar fand es in einer dem Abgeordneten Richter nachstehenden Zeitung, dem „Hannoverschen Courier“. (Weiter links.) Weiter hat Minister Koch hervorgehoben, daß das Verhältnis der beiden Regierungen das denkbar freundschaftlichste ist, daß für den sozialdemokratischen preussischen Innenminister nicht parteipolitische Interessen maßgebend sind, sondern das Bestreben, Deutschland über die Schwierigkeiten hinwegzubringen. Minister Koch hat außerdem auf der Parteizusammenkunft in Ulm hervorgehoben, daß gerade der preussische Minister des Innern

das Verhältnis zwischen Reichsregierung und preussischer Staatsregierung so erträglich macht. (Laut, hört! links.) Auch wenn nach Neuwahlen in Preußen dieselbe Situation kommt wie im Reich, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß es recht oft Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ressorts im Reich und im preussischen Staat geben wird. So war es früher und so wird es künftig sein, und auch wenn an meiner Stelle Herr v. Richter stände, würde es nicht anders sein. Ich habe sehr oft die Reichsinteressen vorangestellt. Erst gestern hat mich der Reichsarbeitsminister gebeten, meine Kräfte zur Beilegung des Elektrizitätsstreiks zur Verfügung zu stellen. Sodann erinnerte ich an meine Hilfe in Schlesien, wo der Reichsarbeitsminister keinen Erfolg hatte und um meine Vermittlung bat. Mir ist es gelungen, ohne weitere Nachmittel in Anspruch zu nehmen, die Verhandlungen zur Beilegung zu bringen. Sie (nach rechts) haben Ihren Wahlgescheitertum in ein paar Stunden fertig gemacht. In der Eile sind Sie mir über, aber

in der Eile sind Sie mir über, aber

(Weiter links.) Die Wählerlisten müssen aufgestellt und berichtigt werden. Dazu sind mindestens drei Wochen nötig. Dazu kommen die anderen Arbeiten. Im ganzen brauchen wir 10 bis 11 Wochen zur Vorbereitung, wenn wir nicht nachher Vorwürfe von Ihnen bekommen wollen. Der Entwurf derart ist durchaus nicht so gut, wie Herr Rippel meinte. Der Termin vom 12. Dezember kann auch nach den Anträgen der Rechten nicht innegehalten werden. (Widerpruch rechts.) Ich begreife sehr, daß die Herren es früher, zum Beispiel im Juli, so eilig gehabt haben. Ich habe den Entwurf des Wahlgesetzes damals vorgelegt. Von einer Verschleppung kann also gar keine Rede sein. (Widerpruch des Abg. Graf.) Wir erfahren in den nächsten Tagen, welche Absichten die Reichsregierung für ein Reichswahlgesetz hat. Dieses kann im Ausschuß verhandelt werden, so daß die Parteien nicht nötig haben, ihren Propagandaapparat in Preußen anders einzustellen als im Reich. Den Vorwurf der „Futterstippenspolitik“ des Herrn v. Richter weise ich zurück. Das Ansehen des Parlamentes wird nicht steigen, wenn das Volk durch die parlamentarischen Gänge erfahren, welcher Ton hier eingeht. (Laut rechts.) Die Kammerwirtschaft der Rechten in der früheren Zeit würde bei einer Prüfung nicht besonders günstig abschneiden. Der dauernde Hinweis auf Bayern als Ordnungsstaat im Gegenjag zu Preußen hat durch die

Abhandlung des Dr. Magnus Hirschfeld

in München gerade keine Bestätigung erfahren. (Laut rechts.) Es muß einmal gesagt werden, daß die Rechte doch wahrlich die Dankschuld daran trägt, daß die Landesversammlung ihre Arbeiten nicht früher erledigt hat. (Großer Lärm rechts. — Auf: Beweise!) Sehen Sie sich die Drucknoten an, dann haben Sie Beweise! Die kleinen und großen Anträge sind von Ihrer Seite hier doch geradezu hineingeraten. (Anhaltende Unruhe rechts. — Laut rechts: Zustimmung bei den anderen Parteien.) Sie (zur Rechten) haben es leicht, Ihre Kritik zu üben. Die unglücklichen Männer, die jetzt in der Regierung sitzen und von Ihnen so reichlich mit Anwürfen bedacht werden, sorgen dafür, daß die parlamentarische Geschäftsführung überhaupt noch möglich ist. (Großer Lärm rechts.) Wir würden nichts lieber tun, als Ihnen die Regierung überlassen, wenn das Schicksal Deutschlands nicht über allem stünde. Die Landesversammlung darf deshalb

Kraffins Handelsvorschläge an Lloyd George.

London, 7. Oktober. (Meldung des Holländisch Neudruckbureau.) Kraffin hat Lloyd George mitgeteilt, welche Bedürfnisse Rußland gegenwärtig an Rohmaterialien und Fabrikatgegenständen hat. Er verlangt einen baldigen Abschluß des Handelskommens und sagt, Rußland sei bereit, große Beträge für die Lieferung von Lokomotiven und Eisenbahnmateriale, Maschinen, Autos und Chemikalien für England zu reservieren. Er fügte hinzu, die Sowjetregierung werde nicht in Gold zahlen, sondern sich verpflichten, Ausfuhrwaren zu liefern. Das Deponieren von Gold in Rußland bezwecke nur, eine Garantie für die Vorläufe zu bieten, welche die Banken vielleicht zu leisten hätten. Das Gold würde nur dann nach England geschickt werden, falls die Waren, die Rußland im Austausch liefern soll, innerhalb der Lieferungsfristen nicht geschickt werden sollten. In englischen Finanzkreisen ist aber wenig Neigung vorhanden, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich gegen die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission betr. Sozialisierung des Bergbaus ausgesprochen. — Wie nicht anders zu erwarten.

nicht eher auseinandergehen, als sie die ihr vom Volke übertragene Aufgabe gelöst hat. (Anhaltender lebhafter Beifall. — Widerspruch rechts.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Ich stimme mit dem Abg. v. Richter darin überein, daß es sich hier um eine hochpolitische Frage handelt, die nicht parteipolitisch behandelt werden sollte. Um so auffälliger ist es, daß die beiden Redner der Rechten hier kein einziges Wort über Oberösterreich gesagt haben. Sie (zur Rechten) wollen also die Abstimmung haben, ohne das Gesicht Oberösterreichs abzuwarten. Nach dem Kopf Putz sagte im Hauptausschuß der Nationalversammlung ein deutschnationaler, er habe sich davon überzeugt, daß es ein nationales Verbrechen sei, die Wahlen zum Reichstag vor der Abstimmung in Schleswig-Holstein und im Osten vorzunehmen. Sie (zur Rechten) widerholen jetzt dieses nationale Verbrechen, Sie, die Sie das Wort national als Wappenschild Ihrer Partei mißbrauchen. (Laut rechts: Zustimmung. — Große Unruhe rechts.) Sie liefern den Beweis, daß Ihnen

ein paar Randnotizen mehr wert sind als Oberösterreich,

als Preußen und ganz Deutschland. Die Parteien der Rechten, die erst vor einiger Zeit den unabhängigen Antrag auf Auflösung dieses Reiches abgelehnt haben, haben kein Recht, jetzt plötzlich Neuwahlen zu verlangen, weil es ihnen in den Kram paßt. Gewiß haben Sie (nach rechts) bei den Reichstagswahlen einen großen Erfolg gehabt, aber nur durch Ihre Wahlmagie. Den Versprechungen stehen keine Taten gegenüber. Auch von dem Sprengen der roten Ketten wird man nichts mehr hören. Hätte Herr Severing dem russischen Kommunisten Sinowjew die Einreise zum unabhängigen Parteitag erlaubt, so wäre ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen. Jetzt aber hat ein bürgerlicher Außenminister es getan, da ich weigern alle Fäden, sogar die des Herrn Stenbel. (Große Heiterkeit.) Wir bestimmen den Wahltermin nur nach dem Stand unserer Arbeiten. Nach einem Jahre sozialistischer Ministerberatschaft sind von den politischen Beamten erst ein Zehntel Sozialdemokraten. Hat sich je eine regierende Partei so beschaffen gezeigt? Die Rebenart von der Futterrippe stammt daher, daß bis zur Revolution die Herren aus den konservativen Kreisen ein Monopol auf die Ämter hatten und die Durchbrechung dieses Monopols nicht vertragen können. Wenn ein deutschnationaler oder deutscher Volksparteier von Demokratie spricht, so klingt das immer, als wenn ein Amerikaner vom Völkerverbund spricht. (Heiterkeit.) Der Kopf-Putz ist ein kleines Wunder. Zunächst sind die Führer und Anführer verschwunden, und jetzt ist der ganze Kopf-Putz nur eine faule Kadavere geworden. (Weiter links.) Die Sozialdemokraten haben ihn nur geträumt, um die Wahlen hinauszuschieben und sich weiter an der Futterrippe zu mähen. Die heutige Debatte ist erfreulicherweise recht ruhig verlaufen. Vorher ist es geheißen, mit allen Mitteln werde man die Neuwahl erzwingen. Seit aber die Mehrheitsparteien erklärt haben, wir bestimmen den Wahltermin, seitdem ist der Ton sogar des Herrn Rippel ruhiger geworden. Der Erfolg ist immer bei der Entschlossenheit. Ich hoffe daher, daß die Mehrheitsparteien künftig in allen Fragen

Entschlossenheit zeigen

werden. (Laut rechts.) Die Wahlen am nächsten bei den Landwirtschaftskammern. (Sehr richtig bei den Soz.) Wir fürchten keine Neuwahlen, weder im Reich, noch in Preußen, noch in den Gemeinden. Wir fürchten uns nicht vor der Abrechnung mit Ihrer Demagogie, mit der Sie am 6. Juni gesiegt haben, und vertrauen auf die Einsicht des deutschen Volkes. (Laut rechts: Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Fager (Zit.): Wann hier nicht

so viel geredet

worden wäre, hätten wir längst Neuwahlen. Unser Volk hat übrigens anderen Nummer als den Wahltermin. Es denkt daran, wie es über die Not des Winters hinwegkommt. (Laut rechts: Zustimmung.)

Abg. Jansen (Dem.): Erfreulicherweise hat die Rechte gelernt. Sie redet plötzlich von der Notwendigkeit einheitlicher Politik im Reich und in Preußen. (Laut rechts: Haben wir auch früher gemacht! — Gelächter!) Gerade Sie haben die Wahlrechtsänderung in Preußen verhindert. (Laut rechts: Zustimmung.) Auch wir sind für eine rasche Erledigung der Geschäfte des Hauses. Selbstverständlich können wir nicht auseinandergehen, ehe wir die Verfassung erledigt haben. (Laut rechts: Zustimmung links.)

Abg. Ludwig (L. Soz.): Preußen ist überflüssig. (Laut rechts: Weisfall bei den L. Soz.) Wir werden bei den Wahlen für die Befreiung der Einzelhandeltage agieren.

Abg. Garnich-Berlin (D. Vp.): Wir sehen den Wahlen mit um so größerem Vertrauen entgegen, je länger Sie sie hinausschieben.

Abg. Koch-Lephausen (D. Vp.): Preußen ist heute eine Gefahr für das Reich. (Laut rechts: Zustimmung links.)

Die Vorlage wird samt den dazu vorliegenden Anträgen einem neuen Ausschuss von 25 Mitgliedern überwiesen. Demselben Ausschuss wird das Provinzial- und Kreiswahlgesetz überwiesen.

Danach erklärt der Präsident außerhalb der Tagesordnung: Es ist im Verlaufe der Aussprache ausgeführt worden, daß die Landesversammlung während ihrer ganzen Dauer nur 108 Tage Vollversammlung gehabt hat. Dazu erkläre ich, daß während eines wesentlichen Teiles der übrigen Zeit Kommissionsitzungen stattgefunden haben. Diese Erklärung ist notwendig, damit im Lande keine falsche Meinung über die Landesversammlung entsteht.

Nächste Sitzung Dienstag, den 10. Oktober, 2 Uhr: Kleine Anfragen, Austausch des Finanzministeriums, verbunden mit der allgemeinen Besprechung über die Finanzlage.

Präsident Heinert erklärt weiter: Außerdem sehe ich die große Anfrage des Abg. Hertig (D. Vp.) über die Beschäftigung der Wahl des Dr. Löwenstein zum Oberstadtschreiber auf die Tagesordnung, obwohl die Regierung erklärt hat, daß sie vorläufig nicht in der Lage sein wird, die Anfrage zu beantworten. Ich stelle sie auf die Tagesordnung, weil auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen 15 Abgeordnete einen dementsprechenden Antrag gestellt haben.

Schluß 8 Uhr.

Telegraphenstreik in Holland.

In Holland ist ein großer Streik der Telegraphenbeamten ausgebrochen. Nachdem der Generalpostmeister sich geweigert hatte, eine Deputation zu empfangen, wurde die Entlassung der Streikenden verfügt. Die übrigen Postbeamten sind durch das Streikkomitee aufgefordert worden, ihre Solidarität durch passive Resistenz zu bekunden.

Deutsche Konsulate in Frankreich.

Genf, 7. Oktober. Nach einer Mitteilung des „Journal des Débats“ soll anlässlich des Empfanges des deutschen Vizekonsuls durch den französischen Ministerpräsidenten Lehgues auch die Frage der Wiederzulassung des freien Handels zwischen Frankreich und Deutschland zur Sprache gekommen und eingehend erörtert worden sein. Bei dieser Besprechung wurde von dem deutschen Vizekonsul die Wiedererrichtung von 7 deutschen Handelskonsulaten in Frankreich für Ende 1921 angekündigt.

Rom im Dunkeln. Die Arbeiter der Gasanstalt haben ihre Arbeitsstellen verlassen. Die Stadt liegt im Dunkeln.

